Politische Notizen

Ein unerhörter Plan. Die Berliner AAZ schreibt: Aus sicherer Quelle hören wir, daß das Arbeitsministerium entschlossen ist, dem Gewerkschaftsbund mehrere hundert Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, damit der Gewerkschaftsbund in der Lage ist, stillgelegte oder nicht voll arbeitende Betriebe zu übernehmen. In diesen Betrieben sollen nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter beschäftigt werden, und ihre Produkte sollen nur gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zugute kommen. Dieser Plan ist doch das schmutzigste was man seit langem erlebt hat. Die Gewerkschaftsbürokratie als Sklavenhändler, das hat gerade noch gefehlt. Die planmäßige Aussperrung aller nicht gewerkschaftlich organisierten, aller revolutionären Arbeiter, die Schaffung einer zuverlässigen Truppe konterrevolutionärer Streikbrecher weit über den Rahmen der Technischen Nothilfe hinaus, die Uebernahme des Risikos der Unternehmer auf die Arbeiter selbst, die Verwendung von Steuergroschen zum Kauf einer getreuen Leibgarde, die Zerreißung der Arbeiterschaft durch Erregung privatkapitalistischer Profit- und Konkurrenzinteressen — man kann das Bündel von Giftblüten kaum einzeln aufzählen, das hier präsentiert wird. Wenn die Halunken, die sich diesen Schurkenstreich ausgedacht haben, schon im Laufe des Kriegs und der Revolution tausendmal den Tod verdient haben, so wird man jetzt nicht mehr leicht einen Laternenpfahl finden, der hoch genug und einen Platz, der öffentlich genug ist, um diese Burschen würdig und gebührend aufzuhängen.

Der Lebensnerv wird berührt. Während die konterrevolutionären Organisationen der Bourgeoisie, mit der Orgesch an der Spitze, vollste Bewegungsfreiheit genießen, ja sogar unverhohlene behördliche und staatliche Förderung erfahren, werden alle Regungen des revolutionären Proletariats, die über das trotz seines Lärms herzlich ungefährliche Parteigezänk hinausgehen und damit zu einer wirklichen Gefahr für den Fortbestand des Klassenstaats werden, aufs schärfste überwacht und verfolgt. Das ist ganz logisch, und der Reichskommissar für Ueberwachung der öffentlichen (d. h. kapitalistischen) Ordnung tut durchaus seine Pflicht, wenn er folgendes vertrauliche Schreiben an die Bezirksverwaltungsbehörden schickt:

Berlin NW 40, den 28. Oktober 1920.
Moltkestraße 8.

Nach einem Artikel der Berliner „Roten Fahne" vom 21. Oktober Nr. 213, dem Organ der KPD (Sektion der kommunistischen Internationale) haben sich die in den verschiedenen Orten Thüringens entstandenen politischen Arbeiterräte zusammengeschlossen. Die auf Einladung der Erfurter Arbeiterräte zusammengekommenen Räte vollzogen die Wahl eines Bezirksrates für Thüringen, der den Auftrag erhielt schnellsten eine Verbindung mit den anderen Bezirken zwecks weiteren zentralen Zusammenschlusses herbeizuführen. Auch der Genosse von Bremen versprach bei dieser Gelegenheit in seinem Orte und Bezirke in diesem Sinne zu arbeiten.

Die Entscheidung der Frage, ob die Aufforderung zur Bildung politischer Arbeiterräte und diese Bildung selbst als Aufforderung und Vorbereitung zum Hochverrat anzusehen ist, hängt, nach dem Gutachten des Herrn Reichsjustizministers (IC Nr. 7559 W vom 13. 10. 20) davon ab, ob die Arbeiterräte als Führer bei einem in Aussicht genommenen gewaltsamen Umsturz und als Träger der politischen Macht nach erfolgtem Umsturz gedacht sind. In den Fällen, in denen genügende Unterlagen für die Annahme von Bestrebungen zur gewaltsamen Aenderung der Verfassung durch Bildung politischer Arbeiterräte vorliegen, erscheint ein strafrechtliches Einschreiten erforderlich und eine möglichst umgehende Strafanzeige geboten.

Es wird gebeten, von einem Zusammenschluß der politischen Arbeiterräte, der eine politische Gefahr bedeutet, umgehend hierher Nachricht geben und das Material gesammelt in Abschrift beifügen zu wollen, aus dem zu ersehen ist, daß die Arbeiterräte die Erlangung politischer Macht auf dem Wege gewaltsamer Verfassungsänderung glauben, sich als Führer bei einem in Aussicht genommenen gewaltsamen Umsturz bezeichnen und als Träger der politischen Macht nach erfolgtem Umsturz gedacht sind.

Es wird anheimgegeben, die Staatsanwaltschaft anzuweisen beim Vorliegen der erwähnten Merkmale strafrechtliche Verfolgung eintreten zu lassen.

gez. Unterschrift.

Vorkur zem schwätzte man mit großer Aufgeregtheit von dem bevorstehenden Erlaß eines Ausnahmegesetzes gegen die kommunistischen Parteien. Wozu dies? Parteien haben sich noch immer als beste Hemmnisse der Revolution bewährt. Die Bourgeoisie wird nicht so dumm sein, ihren zwar ungewollten, aber nichtsdestoweniger doch recht wirksamen Helfern gegen die Revolution die Arbeit zu erschweren. Sie krümmt ihnen kein Haar. Aber mit der richtigen Witterung ihres politischen Instinktes erkennt sie die ernste Gefahr der Kälte für ihre Existenz. Und hier setzt sofort die Verfolgung ein. Das ist ein deutscher Fingerzeig für die Arbeiterklasse, wo auch sie mit aller Rücksichtslosigkeit und Energie einzusetzen und ihre Kraft zu konzentrieren hat.

Verfassungsbruch des Reichspräsidenten. In der Berliner AAZ weist Rechtsanwalt Hegewisch-Celle nach, daß die von Ebert für eine Reihe von sogenannten lebenswichtigen Betrieben verfügte Beschränkung des Streikrechts einen offenen Verfassungsbruch darstellt. Er schreibt da u. a.:

Die Bestimmungen der Verordnung des Reichspräsidenten sind unzweifelhaft Maßnahmen, welche die in Artikel 159 der Verfassung gewährleistete Koalitions- und Streikfreiheit einzuschränken und zu behindern suchen; sie sind daher nach der klipp und klaren Bestimmung der Reichsverfassung rechtswidrig. Die Strafandrohung verstößt außerdem noch gegen eine weitere Bestimmung der Verfassung, nämlich gegen den Artikel 116. Dort heißt es: „Eine Handlung kann nur dann mit einer Strafe belegt werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen wurde." In einem Gesetze findet sich die Strafandrohung nicht, sondern nur in einer Verordnung des Reichspräsidenten. Die Verordnung ist also auch aus diesem Gesichtspunkte heraus verfassungswidrig. Das Recht zur Verhängung der Maßnahmen des Reichsausnahmezustandes (Belagerungszustand), welches in Artikel 48 Absatz 2 der Reichsverfassung dem Reichspräsidenten zuerkannt ist, gibt ihm nicht die Befugnis zu diesen Verstößen gegen die Artikel 159 und 116 der Reichsverfassung. Unter den Artikeln der Reichsverfassung, deren Aufhebung dem Reichspräsidenten gestattet ist, befinden sich nicht die oben erörterten Verfassungsartikel 159 und 116, gegen welche die Verordnung des Reichspräsidenten verstößt. Der Verfassungsbruch des Reichspräsidenten liegt demnach so klar, wie selten ein Verfassungsbruch liegen kann.

Das ist alles juristisch richtig und stimmt auf den Punkt; aber was fragt ein Mensch, dessen politische Aufgabe darin besteht, die Herrschafts- und Ausbeutungsrechte des Kapitals um jeden Preis zu schützen nach den Zwirnsfaden verfassungsrechtlicher Bestimmungen. Er zerreißt sie, sobald sie ihm hinderlich sind.

Darüber macht sich das robuste Gewissen eines Ebert nicht die geringsten Skrupeln. Rechtsfragen sind eben Machtfragen, und die Verfassung besteht, wie man schon bei Lassalle nachlesen kann, nicht in dem Fetzen Papier, sondern in sehr realen Machtmitteln, über die man verfügt und die man eventuell gegen die Arbeiterklasse zur Anwendung bringt. Solange dies möglich ist, hat der das Recht, der die Macht hat, auch wenn er das geschriebene Recht zehnmal bricht. Gelehrte juristische Flohknackereien ändern daran nichts. Nur der Kampf!

Ausbeutung Sibiriens durch amerikanische Kapitalisten. Der amerikanische Finanzmann Washington E. Vanderlip, der sich einige Monate in Moskau aufgehalten hatte, um mit der russischen Regierung zu verhandeln, hat mitgeteilt, daß ein endgültiges Abkommen zwischen der Sowjetregierung und einem Banken-Syndikat abgeschlossen wurde. Das Syndikat hat für einen Zeitraum von 60 Jahren das ganze nordöstliche Sibirien östlich des 160. Längengrads, einschließlich der Halbinsel Kamtschatka, mit einer Gesamtfläche von 400 000 Quadratmeilen, gepachtet. Das Syndikat, das das Alleinrecht zur Verwertung der Kohlen- und Oelvorräte und der Fischerei erhielt, wird das Gebiet im Frühjahr 1921 in Bearbeitung nehmen und seine Tätigkeit aufnehmen. Damit ist unter dem Drucke der ungünstigen weltpolitischen Konstellation die Aussicht, den Kommunismus als Wirtschaftsorganisation im eigenen Lande zu verwirklichen, für Rußland in immer weitere Ferne gerückt. Nur schnelle Hilfe durch die westeuropäische Revolution kann Rußland vor einer weiteren Umklammerung und Aussaugung durch das Weltkapital retten.

Aus der Bewegung

Heidenau. Am Sonntagvormittag nahm eine recht gut besuchte Mitgliederversammlung ein Referat des Gen. Rühle über „Die Spaltung der Parteien und die Einigung des Proletariats" entgegen. In einer für den 19. Dezember anberaumten nächsten Mitgliederversammlung soll die ausgiebige Diskussion des Referats folgen. Mit Nachdruck wurde betont, welch besondere Aufgaben gerade die Genossen Ostsachsens in den Kämpfen innerhalb der KAPD und demnächst wohl auch in der AAU als Pioniere der Entwickelung zu erfüllen haben.

Kleinzschachwitz. Der Konflikt Ostsachsen–Berlin und seine sachlichen Untergründe bildeten den Gegenstand einer sehr interessanten Mitgliederversammlung, die ein großzügiges und gründliches Referat des Gen. Rühle einleitete und eine in voller Einmütigkeit der Auffassung endende Diskussion des weiteren ausfüllte. Die Laubegaster Genossen, die allen Grund gehabt hätten, ihre oberflächliche und auf schlechten Informationen beruhende Opposition einer authentischen Nachprüfung zu unterziehen, waren trotz besonderer Einladung nicht erschienen. War es Feigheit? Oder hatten sie ein böses Gewissen? Oder fürchteten sie, durch klare Beweise von der Unhaltbarkeit ihres Standpunktes überzeugt zu werden? Nun, wenn ihnen durch Worte nicht zu helfen ist, werden sie durch Erfahrungen belehrt werden. Doch diese Erfahrungen werden schmerzvoll sein.

Potschappel. In einer recht gut besuchten Bezirks-Mitgliederversammlung des Plauenschen Grundes erörterte Gen. Rühle die parteipolitische Situation in Deutschland und im Zusammenhang damit den Konflikt, in den der Bezirk Ostsachsen infolge des Verhaltens der Berliner KAP-Zentrale gekommen ist, und der jetzt mit der begrüßenswerten Konsequenz einer Weiterbildung unserer Organisationsform abzuschließen im Begriffe steht. Obwohl die Ausführungen 2½ Stunden dauerten, waren die Zuhörer von Anfang bis zu Ende gefesselt und standen am Schluß so völlig unter der Wucht der sachlich-logischen Beweisführungen, daß eine Polemik hiergegen allgemein als lächerliches Unterfangen empfunden würde. Erich Lewinson, der trotzdem den Versuch machte, blieb in nichtigen Äußerlichkeiten und Bagatellen, die sich selbst widerlegten, stecken, ohne jeden Anlaß zu einen grundsätzlichen Gegenbeweisführung. Damit war die laute und anspruchsvolle Opposition wie eine Seifenblase zerplatzt. Vor eine ernste sachliche Prüfung gestellt und das Kreuzfeuer einer grundsätzlichen Polemik genommen, wird diese hohle Opposition dieses klägliche Schicksal immer haben.

Die von der ordentlichen Ortsgruppe Dresden-Neustadt der KAP Ost-Sachsen am 30. 11. tagende Sitzung sieht sich, angesichs der letzten Vorkommnisse, veranlaßt folgendes zu erklären.

Das von der sogenannten „Opposition" in letzter Woche an die Ortsgruppen gerichtete Rundschreiben (gez. Weber) — welches zufällig auch uns in die Hände fiel — enthält im allgemeinen; wie im Besonderen aber über die Mitgliederversammlungen von Groß-Dresden und der Gruppe Neustadt; der Wahrheit widersprechende „Berichte", welche teilweise den Tatsachen ins Gesicht schlagen.

Die anwesenden Gruppenmitglieder erklären, daß sie mit der auf Grund ihrer fortlaufenden Handlungen nunmehr sich selbst abgesplitterten — nicht ausgeschlossenen — und aus ihren Reihen neukonstituierten Sondergruppen nichts mehr gemein haben.

Nach wie vor stehen wir zu den von uns wie vom Gesamtbezirk Ost-Sachsen gefaßten Beschlüssen und warnen andere Mitgliedschaften vor den irreführenden „Berichten", wie sie von Lewinsohn u. Gen. tendenziös, bewußt und unbewußt, konstruiert werden.

Einstimmig (mit 22) angenommen. Das ist eine große Mehrheit gegenüber der Zufallsmehrheit, welche die Spaltung der Gruppe Dresden-N. vollzog. Demzufolge wurde ein neuer Vorstand einmütig gewählt und werden wir wieder zu fruchtbarer Tätigkeit kommen. — Vorwärts! Trotz alledem!

Briefkasten

M., Frankfurt a. M. Gewiß, das ist derselbe Paul Lange, der damals auf dem Frankfurter Parteitage von Spartakus gegen den Gen. R. den hämischen und verlogenen Vorwurf erhob, er habe sich während des Krieges „aus dem politischen Leben zurückgezogen". Jetzt, wo der Brotkorb in Gefahr war, ist er vor den Gewerkschaften elend zu Kreuz gekrochen, hat den Kommunismus abgeschworen und ist — der damalige Parteivorsitzende der KPD! — aus der KPD ausgetreten. Damit wird für ihn zur Tatsache, was er damals bei anderen als größten Schimpf ansah: „aus dem politischen Leben zurückgezogen". Wir schrieben schon kürzlich, daß alle diese Maulhelden sofort zu einer feigen und kläglichen Figur werden, sobald an sie und ihre Bekenntnistreue auch nur die kleinste Belastungsprobe herantritt. Die Parteioffiziere sind — wie alle Offiziere — immer am tapfersten und tüchtigsten hinter der Front, wo nichts zu riskieren ist.

Internationaler Bund der Kriegsopfer

Geschäftsstelle ist nach Zahnsgasse 3 I verlegt. Geöffnet täglich von Abends 7 Uhr. Wertsendungen sind zu richten an **Hugo Koch**, Trachenbergerstr. 55 III.

Auf Antrag einiger Gruppen wird bekannt gegeben, daß die Mitglieder Otto Bänderrich und Robert Anders aus dem Internationalen Bund ausgeschlossen worden sind.

Die Gruppenvorsitzenden und sonstigen Funktionäre sowie diejenigen Genossen, die Auskunft erteilen, müssen möglichst jeden Montag in der Geschäftsstelle, Zahnsgasse 3 I, erscheinen.

Der Lumpenverkauf, welcher vom Landesamt für Kriegsopfer organisiert worden ist, in welchem die Kriegsbeschädigten durch ihre Organisation Anzüge und Ulster erhalten sollten brachte erhebliche Erörterung unter den Kriegsopfern. Die Anzüge werden dem Ortsamt für Kriegerfürsorge für 200 M., die Ulster für 175 M. geliefert. Der Kriegsbeschädigten Organisation werden aber Anzüge für 300 M. Ulster für 220 M. berechnet. Es wäre für die Oeffentlichkeit von großem Wert, zu erfahren, wer den Ueberschuß einsteckt und vor allem, weshalb man den Kriegsbeschädigten einen Profit aus der Tasche zieht.

Versammlungs-Kalender

Kommunistische Arbeiter-Partei (KAP).

— Wirtschaftsbezirk Ostsachsen —

— Groß-Dresden —

Mitglieder-Versammlungen

Gruppe Altstadt: Rest. „Stadt Braunschweig", Jakobsgasse Dienstag, abends 7 Uhr.

Gruppe Johannstadt Rest. „Teutonia", Dürerstr., Ecke Pestalozzistr., jeden **Montag**, abends 7 Uhr.

Gruppe Striesen: Rest. „Wartburgschänke", Wartburg-, Ecke Alemannenstr. Jeden Montag, abends 7 Uhr.

Gruppe Dr.-Friedrichstadt: Rest. Kaden, Seminarstr. 23, jeden Montag ½8 Uhr.

Gruppe Neustadt: Rest. „Schönburger Hof", Förstereistr, 36. Jeden Dienstag, abends 7 Uhr.

Gruppe Löbtau: Rest. Frankenberg (Witter), Frankenberg-, Ecke Roonstr., jeden Dienstag abends 7 Uhr.

Gruppe Cotta: Rest. „Stadt Dresden", Ockerwitzerstr. 12 Montag, den 13. Dezember, abends ½8 Uhr.

Gruppe Pieschen: Rest. „Grundstein", Leisniger Str. 12 jeden Dienstag, abends 7 Uhr.

Gruppe Radebeul: Rest. „Waldschänke". Jeden Mittwoch abends 7 Uhr.

Gruppe Klotzsche: Zeitungen durch Gen. Herm. Schnabel, Bergstr. 1.

Gruppe Deuben: Rest. „z. Augustabad". Jeden **Montag** nach dem 1. u. 15. d. Monats, abends ½8 Uhr.

Gruppe Coschütz|Gittersee|Burgk|Kleinnaundorf: Rest. Hamann, Burgk. Jeden Montag nach dem 1. u. 15. im Monat, abends ½8 Uhr.

Gruppe Zaukerode|Niederhermsdorf: Versammlungslokal: Schwarze's Restaurant. Versammlung 8. Dezember ½8 Uhr.

Gruppe Potschappel: Hempel's Restaurant, Potschappel, Jeden Freitag nach dem 1. u. 15. im Monat, abends ½8 Uhr.

Gruppe Pirna: Volkshaus („Weißes Roß"). Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. im Monat, abends ½8 Uhr.

Neustadt und Umg.: Versammlung jeden Freitag nach dem 1. und 15 jeden Monats. In jeder Versammlung Vortrag. Zeitung „Kommunist" sowie alle kommunistische Literatur zu beziehen bei Max Barthel, Neustadt, Malzgasse 6.

Ortsgruppe Berthelsdorf-Ottendorf: Versammlung jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats. „Kommunist" zu beziehen bei Albert Knoblauch-Berthelsdorf.

Gruppe Zittau: Rest. „Volkshaus". Jeden Dienstag, abends 8 Uhr (Auskünfte, Verkauf von Parteiliteratur und Zeitung „Kommunist" in der Geschäftsstelle der KAP. u. AAU. Volkshaus, Zimmer 5. Geöffnet täglich abends von 6—8.

Gruppe Freiberg: Butzen's Rest., Bahnhofstr. Jeden Mittwoch nach d. 1. u. 15. im Monat Mitgliederversammlung.

Gruppe Lauta: Versammlungen jeden Mittwoch, abends 7 Uhr, im Arbeiter-Kasino (Saal oder kl. Zimmer).

Arbeiter-Union

Geschäftsstelle und Verkehrslokal ist jetzt Rest. Milek, Fischhofplatz 14. Geschäftsstunden: Jeden Dienstag von 6—8 Uhr.

Groß-Dresden: Konferenz der Betriebs-Obleute jeden Freitag, abends 7 Uhr, in der Zentralhalle, Fischofplatz, Vereinszimmer.

Allgemeine Arbeiter-Union

Sonnabend, den 4. Dezember 1920, abends 7 Uhr

Allgemeine Mitgliederversammlung

in der Zentralhalle-Annensäle

— Wichtige Tagesordnung —

Kommunistische Samstage

Beginn: Sonnabend, den 11. Dez. 1920

Material ist in der Buchhandlung Seminarstraße 23, pt. abzuholen

Zeitungs-Verkaufsstellen:

Frankfurt a. M. Robert Sauer, Petterweilstr. 65
Gotha (Thür.). Karl Jaeger, Salzengasse 58

Quittung

Für den **Liebknecht-Kampffonds** gingen ein:
Liste 35 (K. A. Seifert, Mügeln) Mk. 61.—

Für den **Unterstützungsfonds** gingen ein:
Liste 23 d. L. Mk. 26.—
Glasfabrik Brockwitz d. E. Mk. 358.—

Der Bezirkskassterer.

☞ Alle Zusendungen für die Redaktion sind zu richten an die Komm. Buchhandlung, Seminarstraße 23, p. — Redaktionsschluß Montag abend.

Verantwortlich: Karl Krause, Dresden
Druck: Verlagsbuchdruckerei Bautzen.

Der Kommunist

Flugzeitung der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (Sachsen).

Nr. 49. | Verlag und Expedition: Kommunistische Buchhandlung Dresden-A., Seminarstr. 23. p. | Dresden, im Dezember 1920. | Erscheint wöchentl. Donnerstags Abonnement ¼jährl. bei Vorausbezahlung u. Kreuzband M 6.50 | Preis 45 Pfg. Durch die Parteiausträger frei Haus 5 Pfg. Bestellgeld extra.

An den geschäftsführenden Hauptausschuß der KAPD

Genossen! Ihr habt uns ein Rundschreiben geschickt, in dem Ihr Euch in sachlicher Weise mit uns auseinander zu setzen versucht. Da die prinzipiellen Differenzen, die zwischen uns bestehen, nur getrübt würden, wenn wir uns an den Ausschlußantrag gegen Rühle klammerten, um unseren Standpunkt Euch gegenüber klar zu legen, wollen wir zunächst alles was sich um die Person Rühles dreht, zurückstellen, um Euch zu zeigen, daß die Bewegung in Ostsachsen unabhängig ist von jeder Person und ebenso gekommen wäre, auch ohne Rühles Dazwischentreten.

Es handelt sich bei unseren Streitigkeiten um zwei Hauptpunkte, um die Frage: Union oder Partei einerseits und um die Frage des sogenannte Föderalismus und Zentralismus andererseits. Beide Fragen sind im Grunde ein und dieselbe und behandeln das Thema: **wollen wir das bürgerliche Kampfmittel aufgeben zugunsten des proletarischen Kampfmittels, des Rätesystems?**

Es ist nötig hier eine Einschaltung zu machen über das grundsätzliche Verhältnis zwischen Partei und BO. Denn hier ist der wunde Punkt des Parteiprogramms.

Zwar spricht es das Programm ausdrücklich aus, daß auf Grund der Arbeit der BO mit dem Sieg des Proletariats auch die Diktatur der Klasse einzusetzen hat und nicht die Diktatur einiger Parteiführer. Es ist aber nirgends ausgesprochen, **wie der Uebergang der politischen Führung von der Partei zur Klasse vorzugehen hat.** Es ist nicht gesagt, daß die Hauptaufgabe der Partei darin besteht, **sich selbst zugunsten der BO überflüssig zu machen;** die Partei ist — nach dem Programm — nicht verpflichtet, in der BO aufzugehen, wenn die Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats soweit gediehen ist, daß es die Existenz der Partei neben der BO als unnützen Ballast empfindet.

Diese Unklarheit muß zu schwerwiegenden Widersprüchen führen. Die politische Organisation wird als selbständiges Gebilde neben der BO verewigt und will doch die Diktatur der Partei abgelöst wissen durch die Diktatur der Klasse, gewährleistet durch die Entwicklung der BO.

Die Notwendigkeit der Auslösung dieses Widerspruchs sind aber erst völlig klar bei Betrachtung des organisatorischen Unterbaues beider Gebilde. Während das Programm mit Recht betont, daß in der jetzigen Situation „nur proletarische Klassenkampfmittel in ihrer entschlossenen und rücksichtslosen Anwendung entscheidend wirken können", während das Organisationsstatut den allerdings schwachen Versuch gemacht hat, bereits die Partei im Sinne des Rätesystems aufzubauen, liegt in Wirklichkeit der Rätecharakter der Partei in der Luft. Er muß das, denn ihm fehlt die proletarische Basis des Rätesystems, die Gemeinschaft der produktiv im Betrieb Arbeitenden. Die Folge ist eine Beurteilung der allgemeinen Lage vom rein politischen Standpunkt aus, d. h. von einem Zentrum her, das die einzelnen Glieder des Ganzen dirigieren zu können meint nach einheitlichen Plänen, die ausgearbeitet werden im Anschluß an die Vorgänge in den Führerschaften anderer Parteien, die also nach dem Muster der bürgerlichen Diplomatie ihre Taktik einstellen nach dem äußerlichen sichtbaren Auf und Ab der vom produktiven Prozeß entwurzelten, außschließlich am Besitz der politischen Macht, d. h. der Herrschaft über die ausgebeutete Klasse interessierten Führer. Im Gegensatz zu diesem fingierten Rätecharakter der Partei bürgt das Tatsächliche, im Betrieb verankerte Rätesystem der Union dafür, daß Urteil über die Lage und Entschluß zum Handeln organisch herauswächst aus der Bereitschaft der arbeitenden revolutionären Klasse selbst, sich also alle Konstruktionen, Berechnungen, Schiebungen mit ihrem Resultat weiterer Konstruktionen und Schiebungen von selbst erledigen.

Hier ist der Ort, um auf Euren Einwurf: die AAU habe einen „weiteren Rahmen als die Partei" des näheren einzugehen. Es ist zweifellos richtig, daß die AAU die revolutionären Elemente zunächst locker zusammen faßt und daß auch innerhalb der AAU ein Kern bewußter und klarer Köpfe bildet, der die Aufgabe hat, die gesamte Mitgliedschaft im Sinne des Programms der KAP zu beeinflussen. Dieser Kern ist die bisher in der KAP organisierte revolutionäre kommunistische Arbeiterschaft, für die eine selbständige politische Organisation solange erforderlich ist, als die AAU noch zu schwach ist um den Willen der im Betrieb arbeitenden Proletarier auszudrücken. Wo die AAU festen Boden unter den Füßen hat, erübrigt sich zwar die politische Organisation als selbständige, außer dem Betrieb stehende Partei, **jedoch nicht als Zusammenfassung aller kommunistisch-revolutionären Elemente im Betrieb.** Damit wird aber die AAU an sich noch lange nicht zu einer bloß **wirtschaftlichen** Organisation herabgedrückt, die BO nicht allein zu „**wirtschaftlichen** Voraussetzung" des kommunistischen Gemeinwesens gemacht.

Die zweideutige Formulierung dieses Programmpunktes wird ergänzt durch den letzten Kampf gegen die ostsächsische Auffassung um die Aufgaben der politischen Organisation. Eure Haltung drückt automatisch den Charakter der AAU herab von dem einer politischen Kampforganisation zu dem einer rein wirtschaftlichen Erscheinung. Und mit dem Stempel einer wirtschaftlichen Organisation wäre dem Rätesystem auf Grund der BO jeder Anspruch auf Selbständigkeit und politische Macht genommen, **die doch gerade auch nach dem Programm der KAP das Ziel zu sein hat.** Damit aber wäre nach Eroberung der Macht der Parteidiktatur Tür und Tor geöffnet, ein organischer Ausbau des Rätesystems wäre auf lange Zeit hinaus verschoben und abhängig gemacht von schwersten Kämpfen zwischen produktiv arbeitendem Proletariat und politisch herrschender Partei; selbst einer solchen, die im Gewande eines Rätesystems auftritt.

Ihr sagt: Die Partei sei nötig um ein einheitliches Handeln zu gewährleisten, und es ist viel Kraft, die Ihr verwendet, um uns zu überzeugen, das Ihr gerade in diesem Punkte uns überlegen seid an Einsicht und Disziplin. Es ist da vieles, was Ihr falsch verstanden habt und deshalb der prinzipiellen Klarstellung bedarf. Unsere grundsätzlich andere Auffassung vom Wesen und Aufbau der revolutionären Organisation findet ihren Niederschlag in unserem Entwurf eines Organisationsstatuts, und gerade diesen greift ihr an. Es handelt sich bei der Kritik an Eurem Statut in erster Linie um die Frage der Mehrheitsbeschlüsse. Zwar gebt Ihr selber zu, daß bei dem raschen Tempo der revolutionären Entwicklung ein Parteitagsbeschluß für die Haltung der Arbeiterschaft unter Umständen eher hindernd als fördernd sein kann, aber Ihr erachtet es für notwendig, daß sich die Partei von Zeit zu Zeit nach außen hin eine feste Form gibt, die den Gegnern deutlich zeigt, mit was für einem Gebilde sie eigentlich zu tun haben. Soweit die Parteitagsbeschlüsse lediglich hierzu dienen, soweit sie also eine vom größten Teil der Mitglieder anerkannte Meinung formulieren, würden auch wir einen Mehrheitsbeschluß des Parteitags anerkennen und uns selbst nicht weigern, uns diesem zu unterstellen, selbst wenn wir in der Minderheit sind.

Ein anderes aber ist es, wenn es sich um Beschlüsse handelt, die die revolutionäre Aktion selbst betreffen. Wir verweisen hier auf unsere Ausführungen über den Unterschied zwischen selbständiger Politik und solcher, die im Rätesystem auf Grund der BO wurzelt. Es ist schlechterdings nicht möglich, und alle Erfahrungen während der letzten Jahre beweisen es von neuem, daß von einer Zentralstelle her die revolutionäre Aktion angeblasen und geleitet wird. Immer wieder mußte man feststellen, daß die Verbreitung eines Streiks oder das Umschlagen örtlicher wirtschaftlicher Kämpfe in den allgemeinen politischen Streik nicht zu erzielen war, und gerade der letzte Streik der Elektrizitätsarbeiter in Berlin beweist das von neuem. Diese Erscheinung auf Disziplinlosigkeit zurückzuführen, ist nur einem rein formalistischen Denken möglich. Ihre Ursachen liegen vielmehr in der Verschiedenheit der ökonomischen und revolutionären Vorbedingungen, die zu einem im Effekt einheitlichen Handeln nur beurteilt und ausgenützt werden können von den revolutionären Arbeitern der einzelnen Wirtschaftsbezirke selbst. Nicht darauf kommt es an, daß alle Arbeiter die äußerlich gleichen Maßnahmen ergreifen, sondern darauf, daß die verschiedenen Maßnahmen überall den Erfolg von gleichem Gewicht haben. Das sogenannte „einheitliche" Handeln ist also nicht ein Handeln nach der gleichen Parole, sondern eins mit dem gleichen Willen und Ziel. Um dieses zu ermöglichen und seinen Erfolg zu sichern, hat statt der klug ausgeheckten Generalstabspläne und Zentral-Anweisungen ein umfangreicher und intensiver Nachrichtendienst einzusetzen, der jederzeit jeden Wirtschaftsbezirk mit genauesten Informationen über jedes irgendwie Wissenswerte versieht. Von der revolutionären Einsicht und Energie der führenden Genossen ist dann ohne weiteres zu erwarten, daß sie die soziale Revolution der Lage entsprechend vorwärts treiben.

Ihr werdet uns sofort entgegenwerfen: Sachsen wolle seine eigene Revolution machen, es sei anarchistisch, individualistisch und separatistisch verseucht.

Solange Ihr mit solchen flinken Behauptungen kommt, zeigt Ihr, daß Ihr Euch Eure Position zu leicht macht. Eine Bewegung, die ihre Kraft aus der betriebsweise zusammengefaßten Gesamtarbeit zieht, kann nicht individualistisch-anarchistisch-kleinbürgerlichen Charakters sein. Sie ist begründet auf der Kooperation, auf der Gemeinschaft aller produktiv Arbeitenden und leitet ihre Gesetze außschließlich ab von deren Gesetzen. Soweit alle Wirtschaftsbezirke politisch zusammengefaßt sind als Glieder des Deutschen Reichs und als solche den gleichen zentralpolitischen Tatsachen unterliegen, wird sich die Wirkung dieser allen Bezirken gemeinsamen Einflüsse auch überall mit gleich starker Kraft äußern, und die Revolution in Ostsachsen wird organisch eingefügt sein der Gesamt-Revolution Deutschlands. Worum es sich also handelt, ist zusammenfassend gesagt: die Ablösung der formal ausgerichteten Disziplin durch eine organische, die aus dem allen gemeinsamen gleichgerichteten Willen herauswächst und gerade deshalb auch der jeweiligen Struktur der einzelnen Körper angepaßt ist.

Um aber unsere Differenzen nicht nur im theoretischen Fahrwasser zu lassen, um vielmehr ihren praktischen Hintergrund zu zeigen, erinnern wir Euch nochmals an alle Punkte, in denen Ihr eine typische Politik im alten Parteisinne getrieben habt. Wir könnten Euch erinnern an Eure Sabotage der Rühleschen Berichte an Eure Parole: Wählt politische Arbeiterräte (auf den Wahlmodus kommt es nicht an!), an Eure Denunziation des kommunistischen Bundes als einer Organisation von Spitzeln usw., an die abfällige Einstellung des Rühleschen Standpunktes in der Organisationsfrage, der Abneigungsversuch von Rühle in Berlin. Aber wir wollen uns nicht bei Kleinigkeiten und ollen Kamellen aufhalten. Wir wollen statt dessen noch einmal unsere Haltung zur dritten Internationale und zur sogenannten „Parteizertrümmerung" präzisieren und begründen.

Die dritte Internationale verlangt Anwendung bürgerlicher Kampfmittel in den drei Punkten: Gewerkschaftspolitik, Parlamentspolitik und Parteipolitik. Die Parteipolitik der Russen ist den russischen Verhältnissen entsprechend straff zentralistisch und losgelöst von der Betriebs-Organisation der russischen Arbeiter. Wenn Ihr nun auch in den beiden ersten Punkten den Forderungen der dritten Internationale nicht nachgehen wollt, so deutet doch Eure ganze Haltung in den letzten Kämpfen mit uns darauf hin, daß Ihr den dritten Punkt fallen lassen werdet zugunsten der russischen Anschauung. Aber dieser dritte Punkt ist organisch verknüpft mit den beiden anderen, er ist geradezu der fundamentale Punkt. Wer sich hier auf Kompromisse einläßt, steht unseres Erachtens nicht zu dem bereits einmal zitierten Satz, daß „nur proletarische Klassenkampfmittel in ihrer entschlossenen und rücksichtslosen Anwendung entscheidend wirken können" — mithin nicht auf dem Boden des Programms der KAP.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist auch die sogenannte „Parteizertrümmerung" des Genossen Rühle zu betrachten. Er hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß er den Charakter der Partei unter allen Umständen bei unserer politischen Organisation zertrümmern will. Damit ist die Partei an und für sich, als politische organisatorische Notwendigkeit, nicht gemeint. Wenn nun der Zentralausschuß, entgegen dem Organisationsstatut der Partei, den Genossen Rühle außerhalb der Partei stellt, dann drängt er damit den Wirtschaftsbezirk Ost-Sachsen aus der Partei heraus. Nicht, weil Ost-Sachsen hier Personen-Kultus triebe, sondern weil in Ost-Sachsen bereits System der politischen Arbeit geworden ist, was Ihr „gemeingefährlich" und „konterrevolutionär" nennt. Es handelt sich nicht, wie anfangs schon gesagt war, um eine Personenfrage, sondern um die Konsequenz in der Durchführung der proletarischen Revolution.

Zum Schluß noch ein Wort über die Finanzierung der Partei. Ihr wißt, wir lehnen das feste Beitragssystem ab und verlangen Einführung des Umlageverfahrens. Theoretisch leuchtet ohne weiteres der proletarische Charakter des Umlageverfahrens ein. Während im System der festen Beiträge zwischen Eingang der Gelder und Rechenschaftsbericht eine kontrollose Spanne Zeit liegt, in der beispielsweise auch nach dem Organisationstatut der KAP besoldete Parteisekretäre im Zentralausschuß angestellt werden können, fällt im Umlageverfahren Eingang, Kontrolle und Ausgabe der Gelder praktisch fast zusammen. Es ist ohne weiteres klar, daß eine so enge Verknüpfung zwischen Einzelmitglied und Zentrale eine bisher ungeahnte Zusammenarbeit und Gebefreudigkeit mit sich bringt, daß das tief eingewurzelte Mißtrauen des revolutionär bewußten Proletariats verschwindet in dem Moment, wo der Arbeiter sofort über die Art der Verwendung seiner Gelder Bescheid weiß. Wenn Ihr nun sagt: Das ist theoretisch ganz schön, aber die Praxis vermag dem nicht zu folgen, dann bitten wir Euch, Euch einmal über den Geschäftsgang der Finanzierung in der Union und — Ostsachsen zu informieren.

Mit kommunistischem Gruß

Eva Rauch

Genossen!
Werbt für den „Kommunist"!

Zur Regierungsbildung in Sachsen

Es wird nachgerade auch dem Blödesten klar, daß die politischen Parteien am Ende ihres Latein sind. Wohl können sie mit Mühe und Not noch einen Wahlrummel in Szene setzen (wobei freilich die Zahl der zur besseren Einsicht gelangten Nichtwähler immer größer wird), auch können sie auf der Narrenbühne des Parlaments ihre Vertreter noch mit anmaßendem Geschwätz und geheuchelter Wichtigkeit aufmarschieren lassen (obwohl diese selber nur zu gut wissen, daß sie ohnmächtige Tröpfe und politische Hanswürste sind) — aber darüber hinaus ist ihre Kunst zu Ende. Die Politik wird heute in den Kontoren der Großbanken und Büros der Entente-Kommissionen gemacht. Parlamentströdel und Parteikram bilden nur noch die für Auge und Ohr den politischen Kinder und Schwachköpfe berechnete Staffage.

In Sachsen erleben wir jetzt eine Wiederholung der nach der Reichstagswahl schon einmal in Berlin aufgeführten, die Impotenz und den Verfall der Parteipolitik bengalisch beleuchtenden Posse: **daß die Parteien heute nicht einmal mehr zu einer rein bürgerlichen Schablone vorzunehmenden Regierungsbildung fähig sind.** Seit Wochen wird geknobelt und geschachert, ein Kuhhandel löst den anderen ab, eine Kombination folgt der anderen, aber bei dem vertrackten Wahlergebnis, das nach jeder Richtung hin nur unmögliche Kompromisse und Koalitionen gestattet, so daß man beinahe glauben könnte, die Weltgeschichte habe sich in einer schadenfrohen Laune mit den armen geplagten Parteibonzen einen boshaften Witz geleistet, ist absolut nichts anzufangen. Was soll geschehen? Die guten Sachsen wollen doch regiert sein! Der brave Untertan muß doch seine Vorgesetzten haben! Und schließlich kann der länglich-unzulängliche Buck als Landesvater-Ersatz von Kapitals Gnaden doch auch nicht in der Luft hängen!

Schon waren gewisse Kreise in der SPD mit Fräßdorf an der Spitze drauf und dran, einen Pakt von Sindermann bis Blüher zu schließen, also eine Koalitionsregierung aus SPD, Demokraten und Deutscher Volkspartei zu bilden. Warum auch nicht? Das ist ja ohnehin dreimal dasselbe. Aber da schlug man in Chemnitz Lärm. Dort können sich die Fellisch und Konsorten, die heute das ernten, was die Heilmann, Noske usw. während des Krieges gesät haben, gegen den Ansturm von links nur noch für einige Zeit dadurch halten, daß sie ihre reaktionäre Visage durch eine oppositionelle Larve verdecken. Anfangs hatte man in Dresden nicht übel Lust, über den Einspruch der Chemnitzer hinwegzugehen; da erklärten diese: Zum dritten und letzten Male: Nein! und drohten mit der Spaltung der SPD. Buck fuhr vor lauter Schreck nach Berlin, um sich Rats zu holen, und — das Projekt der Koalition Sindermann-Blüher fiel ins Wasser. Was nun? SPD und USP ergeben keine Mehrheit. Die USP hat ihre Bedingungen gegen früher herabgesetzt, ist gern bereit, mit sich reden zu lassen, möchte mit bei der Partie sein — aber, was hilft dies alles, wenn sie mit der SPD zusammen keine Mehrheit bildet. Da hat sich als „ehrlicher Makler" der — hm! — „Kommunist" Brandler gemeldet. Makler oder Kuppler, wie man will. Ganz nach dem kupplerisch-schamlosen Rezept der „Roten Fahne" aus den Märztagen hat er die Koalition zwischen SPD und USP im „Kampfer" als „erwünschten Zustand" empfohlen und die „loyale Opposition" — nein, viel mehr sogar, die **inner- und außerparlamentarische Unterstützung der Kommunisten** angeboten. Unter der Bedingung freilich, daß USP und SPD eine — wer lacht da nicht? — eine „sozialistische" Politik treiben. Derselbe Brandler, der die beiden Parteien in unzähligen Reden und Artikeln nach Strich und Faden vermöbelt, als Verräter, Schufte, Arbeitermörder, Konterrevolutionäre gebrandmarkt hat (und das mit Recht) bringt es fertig, in Verbindung mit diesen Parteien überhaupt von der Möglichkeit „sozialistischer" Politik zu reden. Entweder ist dies eine geradezu spitzbübische Heuchelei oder ein Grad von politischer Verwahrlosung, der freilich bei Spartakus nicht mehr überraschen kann. In jedem Falle eine absolute Preisgabe **revolutionärer Politik.** Für uns ist die Konstatierung wertvoll, daß, obwohl Radek an der Märztaktik der KPD schärfste Kritik geübt und sie als unrevolutionär gekennzeichnet hat, diese selbe Taktik jetzt in den Vorschlägen Brandlers ihre Auferstehung feiert. Das beweist, **daß jede Parteipolitik unausweichlich immer wieder im Verrat endet** und daß die KPD als eine der letzten und daher korrumpiertesten Parteien die Merkmale des Bankerotts und der Verwesung am deutlichsten in ihrem Verhalten zur Schau trägt.

Das Sterbelager der bürgerlichen Gesellschaft wird auch das Sterbelager der Parteien und ihren politischen Methoden. Beide können sich nur noch halten durch Phrase und Wortgerassel, durch Tradition und vererbte Ideologie, durch zentralistische Zwangsorganisation und Terrorismus in aller Gestalt, durch Betrug und Verrat, durch Prellerei und Schiebertum, durch Bestechung und Befriedigung niedriger, verbrecherischer Instinkte. Aber ihre Tage sind gezählt. „Fällt der Mantel, muß der Herzog nach"' heißt es bei Fiesko. Und umgekehrt.

Parteien und Räte

(H. v. Hoerschelmann, Person und Gemeinschaft. Verlag von E. Diederichs, Jena.)

(Schluß.)

Diese Zusammenhänge nun würden durch eine Räteverfassung weitgehend zerissen werden. Einmal würde auch hier die indirekte Beeinflussung, die Ausstrahlung der Parteiparole auf weite Entfernungen hin, stark behindert. Zweitens würden sich in den vielen kleinen Zellen die Interessen selbst so sehr differenzieren, die Bedürfnisse der einzelnen Zellen so sehr voneinander abweichen, daß eine einheitliche Wahlparole kaum gefunden werden könnte, und endlich würde, selbst wenn in jede einzelne Zelle ein gewisser Einfluß der Partei eingedrungen wäre, die Aussicht, mit diesem Einfluß nun auch die Wahl eines gewünschten Parteianhängers in die oberen Vertretungen durchzusetzen, sehr schwankend sein. Es müßten ja schon in sehr vielen Zellen eines Bezirks je mehrere Anhänger der Partei gewählt werden, um auch nur einen Vertreter in den oberen Bezirksrat hineinzubringen. Der ganze Apparat des Rätesystems ist eben zu feinmaschig, zu gegliedert und biegsam, als daß die verhältnismäßig grobe, notwendig aufs Ganze zugeschnittene Taktik des bisherigen Parteiwesens ihm gewachsen sein könnte. Diese Taktik ist durchaus zugeschnitten auf das Vorhandensein sehr großer Wahlkreise, in deren jedem sich sehr viele vereinzelte Menschen, ohne persönlichen Konnex miteinander und ohne vermittelnde Zwischeninstanzen, auf einen einzigen oder doch ganz wenige Abgeordnete einigen müssen. In diesem Falle ist das Parteiwesen allerdings sogar eine notwendige Vorausetzung für die technische Ausführbarkeit der Wahl. Wo aber alle Wahlen durch direkte Beratung innerhalb kleiner Gruppen von Menschen zustande kommen, da **verliert die Partei überhaupt Sinn und Bedeutung. Das Prinzip der Räteverfassung ist also mit dem bisherigen Parteiwesen nicht vereinbar, und je mehr es sich durchsetzt, um so mehr werden die Parteien an Bedeutung zurücktreten und absterben. Die Politik der Zukunft wird eine parteilose Politik sein.** Auch hierfür liegen heute bereits zahlreiche Anzeichen vor: wir sehen den Zusammenhalt und die Autorität der Parteien allenthalben gelockert, ständig vollziehen sich Abspaltungen und Umlagerungen, und es ist sehr charakteristisch, daß sich gerade die maßgebenden Führer der Rätebewegung, obwohl aus den sozialistischen Parteien hervorgegangen, immer konsequenter gegen das Parteiwesen als solches aussprechen.

Der dem Rätesystem überall zugrunde liegende Gedanke der Dezentralisation muß endlich auch auf dem Gebiete der Verwaltung und Gesetzgebung nach grundlegenden Umwälzungen hindrängen und zwar zunächst im Sinne einer weitgehenden **Selbstverwaltung** der Zellen und Zellenkomplexe. Diese Tendenz ist selbstverständlich, und mit dem Bestreben, aus den Arbeitsgemeinschaften kleine, aber in sich geschlossene und wirtschaftlich lebensfähige Organismen zu machen, notwendig verknüpft. Wichtiger aber ist, daß zu dieser Tendenz nun noch eine andere hinzukommt: die Tendenz zum Abbau der „Gesetze" überhaupt. In der Tat ist es unverkennbar, daß der Begriff des „Gesetzes" in gewissem Sinne ebenfalls an den Begriff der „großen Zahl" gebunden ist: schriftlich formulierte Gesetze werden dort notwendig und möglich, wo es gilt, das komplizierte Zusammenleben sehr vieler nicht in direkter Lebensgemeinschaft miteinander lebender Menschen künstlich zu ordnen. Robinson und Freytag auf ihrer Insel brauchten keine Gesetze und hätten solche gewiß nicht anerkannt. Und niemals haben kleine abgeschlossene Kolonien von 50 oder 100 Menschen — etwa Auswanderervüge, Goldsuchertrupps oder Abenteurerexpeditionen — ihr Zusammenleben nach formulierten Gesetzen geregelt, sondern stets bildeteten sich unter ihnen alsbald lebendige Traditionen, die dem einzelnen sein Verhalten zwar nur in großen und groben Zügen, dann aber um so verbindlicher, vorschrieben. Die Tradition unterscheidet sich dadurch schon äußerlich vom Gesetz, daß sie der Auslegung im einzelnen Falle einen sehr weiten Spielraum läßt, während dem Gesetz der einzelne Fall klar und logisch subsumiert werden kann. Vor der Tradition besteht die Gesinnung, vor dem Gesetze der Verstand. Die Kontrolle der Gesinnung aber ist nur möglich innerhalb einer engen persönlichen Gemeinschaft, und hier wird sie andererseits auch immer den Vorzug vor der Rechtfertigung durch das Gesetz erhalten.

Nicht eigentlich die Dezentralisation als solche sondern das Streben nach **Verpersönlichung und Verlebendigung des Gemeinschaftswesen** ist es, als dessen Folge jene Tendenz hervortritt, möglichst viele Regelungen dieses Gemeinschaftslebens der allgemein.n formalen Gesetzgebung zu entziehen und der Erledigung durch die speziellen lebendigen Traditionen der einzelnen Gruppen vorzubehalten. Diese Tendenz findet natürlich unter den Bedingungen des heutigen komplizierten Wirtschaftslebens sehr bald eine Schranke an den gemeinsamen technischen Lebensnotwendigkeiten, die umgekehrt nach Zentralisation drängen, so daß eine allgemeine Gesetzgebung auch in einer Räteverfassung niemals entbehrt werden kann. Aber das Zustandekommen der allgemeinen Gesetze „von unten her", auf dem Wege der ständigen Beratung und Einigung von Vertretern immer größerer Zellenverbände würde es doch von selbst mit sich bringen, daß in die allgemeine Gesetzgebung, mehr wie heute, nur dasjenige als Gegenstand angenommen wird, was wirklich und eingestandenermaßen die Lebensnotwendigkeiten **aller** berührt, während sehr vieles der teils gesetzsartigen, teils traditionsmäßigen Selbstverwaltung der größeren Verbände und manches endlich der nur noch tratitionsmäßigen Regelung innerhalb der einzelnen Zellen und kleineren Zellenkomplexe vorbehalten bliebe. Der Gesetzcharakter der verpflichtenden Bindungen würde sich also um so mehr verlieren, je kleiner die Arbeitsgemeinschaften sind und je mehr sie den Charakter persönlicher Lebensgemeinschaften annehmen. Am ehesten aber — und leichter wie die Gesetzgebung selbst — würde in jedem Fall die Exekutive, die Durchführung und Kontrolle der Gesetze, der Neigung zum Traditionalismus nachgeben können, da sie weitgehend gehandhabt würde nicht von besonderen Berufsbeamten, sondern von den Gemeinschaften selbst, resp. von denselben aus deren Mitte gewählten Vertretern, die auch an dem Zustandekommen der Gesetze beteiligt waren.

Auf diesem Gebiete läßt sich heute freilich nur ganz allgemein auf die zweifellos vorhandenen Tendenzen hinweisen, während deren konkrete Auswirkung sich einstweilen jeder Vorhersage entzieht. Handelt es sich doch um letzte und schwierigste Synthesen, die nur vollzogen werden könnten, wenn wirklich weitgehende wirtschaftliche und vor allem psychologische Wandlungen vorhergegangen sind.

Liebe–Ehe–Familie

Broschüre von Otto Rühle

Russische und westeuropäische Revolution

Was die westeuropäische Gesamtsituation von der in Rußland wesentlich unterschidet, ist einmal die Tatsache, daß Westeuropa einen jahrhundertelangen, wirtschaftlich fest fundierten, politisch ebenso fest verankerten und geistig das gesellschaftliche Leben beherrschenden Kapitalismus aufzuweisen hat, während Rußland beim Siege der bolschewistischen Revolution erst am Anfange der kapitalistischen Entwicklung stand. Der jahrhundertelange Bestand der kapitalistischen Wirtschaftsform in den westlichen Ländern bedeutet gleichzeitig die politische Herrschaft der Kapitalistenklasse.

Der holländische Genosse Hermann Gorter erblickt den Hauptunterschied zwischen westeuropäischer und russischer Revolution darin, daß die Bolschewiki zur Macht gelangen und diese Macht behaupten konnten, weil sie die Hilfe der breiten Bauernmassen hatten, auf die sie sich stützten, während das westeuropäische Proletariat in der Revolution ganz allein auf sich selbst angewiesen bleibt. So sieht sich die deutsche Arbeiterklasse beispielsweise einem konterrevolutionären Block gegenüber, der neben der Bourgeoisie aus den kleinbürgerlichen Mittelschichten, den sogenannten Intellektuellen, den kleinen und mittleren Bauern, und sogar der Arbeiteraristokratie besteht. Alle diese Gesellschaftsschichten stehen im Banne des Finanzkapitals und werden von ihm beherrscht. Nicht viel anders liegen die Dinge in Frankreich und schließlich auch in England, nur daß hier die kleinbürgerlichen Mittelschichten nicht dieselbe Bedeutung haben wie in Deutschland. Dafür sind aber die ökonomischen Verhältnisse insofern komplizierter, als England sowohl wie Frankreich als Kolonialstaaten die Quellen ihrer wirtschaftlichen Macht aus den von ihnen beherrschten asiatischen und afrikanischen Ländergebieten herleiten können. Durch eine derartige in riesigem Ausmaße vor sich gehenden Ausbeutung der unterdrückten Völker Asiens und Afrikas wird namentlich der englische Kapitalismus in die Lage versetzt, eine Ausbeutung seiner eigenen Arbeiterklasse nicht in dem Maße betreiben zu müssen, wie es in den anderen Ländern der Fall ist.

Das bedeutet einmal, daß die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit im Bewußtsein des einheimischen Proletariats nicht so scharf zum Ausdruck kommen, und ferner die politische Arbeitsgemeinschaft zwischen Bürgertum und Proletariat, wie man dies in England bis in die neueste Zeit deutlich beobachten konnte. So mußte naturgemäß die westeuropäische Arbeiterbewegung eine von Grund aus anders geartete Entwicklung einschlagen, als dies bei der viel jüngeren Arbeiterbewegung Rußlands der Fall war. Die jahrhundertelange Herrschaft des Bürgertums in der Form des parlamentarisch-demokratischen Regierungssystems, die gewaltige Macht des westeuropäischen Kapitals in wirtschaftlicher, politischer und geistiger Hinsicht hatten bestimmenden Einfluß auf die Kampfmittel und Kampfmethoden des westeuropäischen Proletariats. Das Arbeiten der sozialistischen Parteien in den Parlamenten war kein Ringen um den Sozialismus im Parlament, sondern mußte sich folgerichtig entwickeln zur allmählichen Preisgabe sozialistischer Grundsätze zu Gunsten „sozialistischer" Parlamentspolitik. Diese Tendenz begegnete sich gleichzeitig mit der Politik der Gewerkschaften, die von Anbeginn an nicht eingestellt waren auf einen Kampf um den Sozialismus, sondern auf das Ziel, **innerhalb des kapitalistischen Systems** bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Proletariat zu erkämpfen.

So stand die Arbeiterbewegung in Westeuropa schon jahrzehntelang im Zeichen des **Reformismus** und **Opportunismus,** als in Rußland der zum ersten Leben erwachende Kapitalismus größere Massen des Industrieproletariats auf die politische Bühne drängte. Während die westeuropäische Arbeiterbewegung mehr und mehr im Sumpfe des Reformismus versank, leuchteten in Rußland die Flammenzeichen der Revolution, die der russischen Arbeiterbewegung ihr unauslöschliches Brandmal aufdrückte.

Die gänzlich verschiedene historisch-ökonomische Entwicklung Westeuropas von derjenigen Rußlands ergibt die Notwendigkeit gänzlich verschiedener Kampfmethoden für die proletarische Revolution. Was in Rußland einer kleinen zielklaren, entschlossenen Schar von Kommunisten gelang, wird in Westeuropa nur das Werk großer, auf dem Boden des Kommunismus stehender, von eisernem Willen zur Revolution erfüllter Massen sein können. Während in Rußland eine scharfe Trennung zwischen Führer und Masse gar nicht existiert, weil es dort Massen in unserem Sinne noch nicht gibt, steht in Westeuropa das Problem: **Führer und Masse** auf der Tagesordnung der Geschichte. Es ist das Kernproblem der westeuropäischen Revolution überhaupt.

Da die ökonomisch-sozialen Vorbedingungen für die Entwicklung des Kommunismus in Westeuropa gegeben sind, da vor allem die furchtbare Weltwirtschaftskrise das westliche Kapital mit jedem Tage mehr ins Wanken bringt, ohne daß die Revolution im gleichen Tempo an Boden gewinnt, so ist klar, daß die Ursache dieses langsamen Umwälzungsprozesses in der großenteils noch rückständigen Ideologie der Massen begründet liegt. **Das Problem der westeuropäischen Revolution ist das Problem der Selbstbewußtseinsentwicklung des westeuropäischen Proletariats.** Darum proklamieren wir den rücksichtslosen Bruch mit allen bürgerlich-parlamentarisch-gewerkschaftlichen Traditionen, darum proklamieren wir den **Rätegedanken in seiner reinsten Form** und die auf den revolutionären Betriebsorganisationen aufgebaute **Allgemeine Arbeiter-Union.**

> Was Deutschland nicht freiwillig leistet und liefert, wird die Entente mit Gewalt zu holen versuchen. Sie wird ihre Truppen einmarschieren lassen. Das Ruhrgebiet ist besetzt. Sind die eigenen Soldaten nicht mehr zuverlässig, hat man Farbige zur Verfügung. Und sieht man überhaupt von dem Truppeneinmarsch ab, so werden Kommissionen in Berlin, Hamburg, Bremen, Essen, Leipzig usw. dafür sorgen, daß die Entente auf ihre Rechnung kommt. Sie werden die einlaufenden Steuern, Post- und Eisenbahnerträge usw. beschlagnahmen, Kontributionen erheben, die Löhne herabsetzen, den Achstundentag aufheben, die Renten kürzen — kurz alles tun, was der Entente Einnahmen sichert. Durch diesen Abfluß großer Summen ins Ausland geht ein erheblicher Teil des Volkseinkommens und Volksvermögens nach und nach verloren. Aber das ausländische Kapital kauft auch, begünstigt durch die hohe Kaufkraft seines Geldes und die traurige Lage der deutschen Wirtschaft, in zunehmendem Maße deutsche Wirtschaftsunternehmungen auf. Bergwerke, Hochöfen, Hütten, Fabriken, Werften, Banken kommen in englische und amerikanische Hände. Der Profit wandert nach London, Paris und Neuyork und geht der deutschen Volkswirtschaft verloren. Nach und nach kommen ganze Industrien und Industriegebiete unter die Herrschaft fremder Kapitalisten oder Kapitaltrusts. Die Ausbeutung wird immer rücksichtsloser. Streiks werden brutal niedergeschlagen. Die Regierung dient nur noch als Auspressungsmaschine. Gewaltsame Niederwerfung der revolutionären Bewegung. Unterdrückung der oppositionellen Presse, der proletarischen Kampfesorganisationen. Wie die deutsche Heeresverwaltung in Polen, Kurland, Litauen, Finnland alles niedergemacht und niedergehalten hat, was sich ihr entgegenstellte, so wird die Entente Deutschland als okupiertes Land behandeln. Das Proletariat wird sich anfangs zur Wehr setzen. Aber zu der Schärfe der Waffen wird die Tücke der Hungerblockade hinzugefügt werden. **So wird die Arbeiterschaft von Monat zu Monat schwächer, verzagter und korrumpierter, bis sie sich schließlich überhaupt nicht mehr gegen ihre Peiniger zu erheben vermag. Das Volk geht langsam, aber unaufhaltsam zu Grunde.** Das Ende ist ein dumpfes Dahinvegetieren in hoffnungsloser Sklaverei. O. Rühle, Der USP-Friede Juni 1919

Spartakus-Bilderbogen

In der „Lpzg. Volksztg." veröffentlichte der unabhängige Reichstagsabge. Sauerbrey aus Barmen **„Bilder aus den Revolutionskämpfen im Rheinland und Ruhrgebiet",** die in mehr als einer Hinsicht für uns nicht ohne Interesse sind. Es heißt da u. a.:

> Im Zentralrat Essen, der obersten Instanz für Rheinland-Westfalen, saßen unter anderen der Kommunist Düwell, ehemaliger Kriegsberichterstatter des Vorwärts, unrühmlichen Angedenkens, Pieck von der Kommunistischen Zentrale, Dr. Viktor Stern, jetziger Redakteur des hallischen Volksblattes, dem der seit Jahrzenten im Klassenkampf stehende Hennig hat weichen müssen. Stunden, nein tagelang mußten wir USP-Vertreter dem Vortkampf der politischen kommunistischen Führer mit ihren militärischen Ludendorffen anhören. Es gab keine größeren Brenner als die Kommunistenführer. Dr. Stern wollte in einer Sitzung des Zentralrates nach einem Bericht eines Kompanieführers der Roten Armee die Revolution für Deutschland ausgerufen wissen, indem er wörtlich erklärte: „Genossen, der Zentralrat muß nach dieser Situation die Revolution ausrufen." Ich glaubte er sei verrückt geworden, hielt ihn dann, als ich sah, daß dies seine politische Meinung war, für ein politisches Kind. Stern floh als erster aus Essen, suchte unseren alten, treuen Genossen Steinbauer mit zur Flucht zu verleiten, indem er ihm Geld anbot, wandte sich dann nach Barmen, wurde dort von den über seine Haltung erbitterten roten Soldaten aus Essen in Barmen gesucht, von uns versteckt und verleugnet. Vielleicht veröffentlicht der tapfere Revolutionär gelegentlich im hallischen Volksblatt seine Revolutionsmemoiren. Eine Unmenge kommunistischer Redner und Agitatoren, die niemand kannte und kennt, durchzogen und durchziehen Rheinland und Westfalen, überall ihre schädliche Verwirrungspolitik treibend. Offen haben manche den Krieg gegen die Entente gepredigt. Der Bezirksleiter der KPD, Rudolf Renner, sagte in Barmen gelegentlich einer Kundgebung zu den Tausenden von Proletariern: „Gemeinsam mit Rußland können wir die Weltherrschaft der Entente zerschlagen. Frankreich will von uns Kohlen haben, mögen sie kommen und sie holen, Prügel sollen sie von uns erhalten. England will von uns Kriegsentschädigung, es soll sich Prügel holen." In manchen Orten mit einer geradezu glänzenden sozialistischen Vergangenheit ist die Arbeiterbewegung durch die Kommunisten vollkommen zerschlagen, z. B. in Iserlohn, wo durch den Kommunisten Renner alles ruiniert wurde.
>
> Die konterrevolutionäre und verräterische Rolle, die die Spartakus-Vertreter während der März-Kämpfe im Ruhrgebiet gespielt haben, allen voran der frühere Hindenburg-Schweifwedler Düwell, wird durch Sauerbrey, der Augen- und Ohrenzeuge war, erneut bestätigt. Wie sollte man auch von Leuten, die aus Angst und Feigheit erst beim antiputschistischen und schließlich in konsequenter Weiterentwicklung beim parlamentarischen Kretinismus gelandet sind, Leistungen erwarten dürfen, die über revolutionäres Geschwätz und mechanisches Nachplappern der von Moskau bezogenen Phrasen hinausgehen? Sehr interessant sind die gegen **Renner** (früher in Barmen, jetzt in Pirna) erhobenen Vorwürfe. Da haben wir den wackeren **Bekämpfer des Nationalbolschewismus,** der im Kampfe gegen Wolffheim und Laufenberg an Unflat den Mund nicht voll genug nehmen kann, in bengalischer Beleuchtung. Ach, wenn man das ganze Geschmeiß, das jetzt schmarotzend aus der vollen russischen Krippe frißt, bei Licht besieht, wenn man die Burschen erst einmal ausziehen würde bis auf die Haut, um ihre wahre Beschaffenheit und Vergangenheit zu zeigen — das gäbe Bilder, das gäbe Bilder . . . . . .

„Radekalismus"

Die Kinderkrankheit des Kommunismus!

Von Mayer Kaminiew, Mitglied der amerikanischen I. W. W.

(Fortsetzung.)

III.

Auf einer im Juni 1920 in Moskau abgehaltenen unoffiziellen Konferenz zwecks Feststellung des Sentiments für Organisierung einer ökonomischen revolutionären Internationale, auf welcher Vertreter der I. W. W. Amerikas, Englands, Australiens, deutscher und schwedischer Syndikalisten und die professionelle Union Rußlands, vertreten durch Losowsky, waren, erklärte John Reed, der Vertreter der AKAP, wenn die I. W. W. sich nicht mit der Kommunistischen Partei verbinden würde, würde die 3. Internationale die I. W. W. zersplittern. In Amerika ist die kommunistische Presse schon an der Arbeit. Sie adressieren die I. W. W. folgendermaßen: „Ihr seid antiparlamentarisch. Seid ihr für oder gegen die Diktatur des Proletariats? Ja oder nein!" Alle Unklarheiten in der Politik verdeckten Opportunismus. Diese Frage brütet Opportunismus, in dem sie eine unklare Erklärung forderten, ehe die I. W. W irgend etwas von ihren Mitgliedern in Rußland gehört hat. Rußland ist für Diktatur des Proletariats als Ziel und für kommunistische Propaganda als Mittel zum Ziel. Die I. W. W. ist für Kommunismus als Ziel und proletarische Diktatur als Mittel zum Ziel.

Wie sollen wir dann die Ursachen des Opportunismus in der 3. Internationale erklären? Sie liegt in der historischen Zurückgebliebenheit Rußlands und des Ostens. Die revolutionäre Frage in Rußland bis zum Oktober-Aufstand war meistens politisch. Und so ist es noch heute östlich von Rußland z. B. Persien, Indien, China, Korrea, Türkei usw. Es kann dort keine ökonomische Bewegung geben, wo keine Industrie und kein industrielles Proletariat vorhanden ist. Nun ist die revolutionäre Frage Rußlands meistens ökonomisch, Aufbau der Industrie, Transportwesen usw. und westlich von Rußland ist sie mehr und mehr ökonomisch, bis wir Amerika erreichen, wo sie fast ganz ökonomisch ist. Hier sind die ökonomischen Organisationen am besten im Stande, den Klassenkampf zu führen. Das höchste Ideal Indiens ist eine unabhängige Nation zu sein und ein eigenes Parlament zu haben. Für dieses Ideal opfern viele große Idealisten Indiens ihr Leben täglich. Das niedrigste Ideal im Westen ist das parlamentarische. Auch als eine Taktik ist es als unökonomisch beiseite gestellt. Vorausgesetzt, Rußland würde 100 Millionen Mark zum Kampf für das Parlament in Indien geben und nochmals 100 Millionen Mark zum Kampf gegen das Parlament im Westen, wäre dieses nicht opportunistisch.

Die Frage: Verfolgt Rußland die Prinzipien des Kommunismus gewissenhaft? Nachdem sie 3 Jahre lang am Ruder war, hat die RKP noch nicht das Geldsystem, Lohnsystem, politische Gesetze aufgehoben, ohne welche ersten Schritte sie das Recht verliert, sich kommunistisch zu nennen. Indem sie sich als Kommunisten bezeichnen, brüten sie Opportunismus indem sie Unklarheiten verursachen. Die Behauptung, daß Rußland noch nicht für Kommunismus reif sei, ändert nicht die Tatsache, daß Rußland nicht eine R. S. F. S. R. (Russische Soz. Föderative Sowjet-Republik) sondern R. S. D. S. R. (Russ.sche Soz. Demokr. Sowjet-Republik) ist. Rußland, politisch zentralisiert, ist nicht föderativ.

Warum ist Kommunismus in Rußland unmöglich? Diese Frage ist am besten beantwortet durch Offenlegung des Herzens des russischen politischen Lebens vor den Augen des Weltproletariats. Ich habe ein Beispiel im Sinne, das den Klassenkampf in Rußland symbolisiert, wie es die Familie betrifft.

Lazare S., ein 17jähriger junger Mensch, kommt nach Berlin als persönlicher Kourier Lenins. Er ist ein junger politischer Genius, welcher mehrere Fronten durchschritt und unerhörte Dinge meisterhaft bewältigte und dann nach Moskau zurückkehrte. Der Schreiber dieses, auf dem Wege nach Rußland, traf L. S. 1919 in Berlin und überbrachte Grüße von ihm an seine Eltern in Moskau, wo er übernachtete. Der Vater, welcher durch die Revolution sein Eigentum verloren hatte, erschrickt, ein ebenso talentierter Reaktionär, wie der Sohn ein talentierter Revolutionär. Die Mutter hält den Familienfrieden aus Liebe zu ihrer 12jährigen Tochter, die ebensoviel Talent zeigt, wie der Rest der Familie. Wie diese Familie das russische politische Leben symbolisiert! Die Jugend der alten bürgerlichen Intellegenz ist gegenwärtig am Ruder. Sie unterhalten ihre Eltern, auch wenn sie reaktionär sind. Um das Leben der Eltern zu sichern, darf Spekulation nicht unterdrückt werden. Wenn die Regierung die Eltern verhungern läßt, so dämpfen sie die revolutionäre Begeisterung des Sohnes. Töten sie den Vater für Konterrevolution, so töten sie den revolutionären Geist des Sohnes. Und so konditioniert Revolution die Reaktion und Reaktion konditioniert Revolution. Bis Industrie aufgebaut ist, ein industrielles Proletariat erschaffen, welches durch selbständige Politik den Kommunismus verwirklichen kann.

Wird die Unterdrückung der syndikalistisch-anarchistischen Bewegung in Rußland den Kommunismus mehr möglich machen? Die Bäcker-Union, welche 7 Pfd. Brot forderte, wo der Rest der Bevölkerung Moskaus noch nicht mal ihre 1 Pfd. Ration bekommen konnte, war zweifellos im Unrecht. Syndikalisten West-Europas, welche mit den russischen Verhältnissen bekannt sind, werden solche Forderungen moralisch nicht unterstützen. Wenn die Sowjet-Regierung aber die anarchistische Presse unterdrückt, ist dies unerhört, weil viele Anarchisten in der Regierung ungeheure, preislose Dienste leisten. Die russische Art der Produktion ist meistens Handwerk gewöhnlich genannt anarchistisch, so hat die syndikalistisch-anarchistische Bewegung ihren historischen Grund — ihr Treibhaus. Großindustrie, bestehend aus einem kleinen Prozent der Produktion, war hoch zentralisiert während des Krieges, und noch mehr zentralisiert durch die Sowjet-Regierung, dadurch den Grund legend für die industrielle Union. Wenn aber die Regierung alle zwingt, in industrielle Unionen einzutreten, so zwingt sie die große Mehrheit der Arbeiter unter die Kontrolle einer kleinen Minderheit. Unterwerfen sie die Interessen der Mehrheit unter die Interessen der Minderheit. Die amerikanische I. W. W. widerspricht der russischen Unionbewegung. Wir vertreten die Interessen der Mehrheit, deren Interesse es ist, die volle Kontrolle der Industrie zu übernehmen. Wir sind für ökonomische Diktatur als Mittel zum Ziel, Kommunismus unser Ziel. Ökonomische Diktatur ist Diktatur über Sachen, politische Diktatur ist Diktatur über Menschen. Wenn Rußland den Willen der Minderheit (Industrialisten) über den Willen der Mehrheit (Syndikalisten und Bauern) zwingt, ist es darum, weil Rußland eine politische Diktatur ist, welche nur eine Minderheit kontrollieren kann, politisch-ökonomisch durch Waffengewalt. Waffengewalt ist extra politisch. Politische Gewalt, zentralisiert in den Händen eines einzelnen, mit der Gewalt über Leben und Tod anderer, korrumpiert 1000 mal schneller wie ökonomische Gewalt. Darum ist die russische Revolution volle Korruption. Es sind zwei Richtungen in der kommunistischen Arbeiterbewegung in der Welt, eine kämpft für Gewalt als Ziel, eine kämpft für Kommunismus.

Lenin führt in seinem Buch „Radikalismus" auf der ersten Seite an, daß Rußland jetzt die vornehmste Sowjet-Republik der Welt ist, in kurzer Zukunft aber die am meisten zurückgebliebene Sowjet-Republik der Welt sein wird. Weil die russische Blockade ökonomisch ist, hat sie einen reaktionären, politischen Effekt. Wenn wir mit einem russischen Bauern sprechen, der sein Land durch die Revolution gewonnen hat, sagt er: „Sowjetsystem ist gut", wann werden wir aber einen Herrn haben, einen ökonomischen Herrn, der das ökonomische Problem schaffen kann. Er ist schon lange müde, wertloses Geld zu empfangen für seine Erzeugnisse, wenn es auch viel Geld ist, er muß Maschinen haben. So ist es für Rußland die ökonomischste Politik, anstatt den Kapitalismus aufzuheben, Gold und Reichtum für den Handel mit dem westlichen Kapitalismus zu verwenden — um Frieden und Handel zu kaufen. Die ökonomische Politik ist aber noch nicht politische Oekonomie. So lange die russische Regierung auf dem Boden des Klassenkampfes steht, wird der west-europäische Kapitalismus den Bolschewismus nicht vertrauen, fürchtend, daß Sowjet-Rußland, ökonomisch stark, die Revolution in seinen Rücken bringen wird. So die Blockade anhält, wird es schwerer und schwerer für die russische Regierung zu existieren. So wird der Kampf der russischen Regierung für ihre Existenz ein Ziel und kommunistische Propaganda ein Mittel zum Ziel. Kommunismus ist ein ökonomschs gesellschaftliches System. Das Studium des Kommnismus ist die Wissenschaft politischer Oekonomie. Wissenschaft ist keine Propaganda und Propaganda ist keine Wissenschaft. Wenn Wissenschaft Propaganda wird, wird sie das Gegenstück von sich selbst.

(Schluß folgt.)

Genossen!

Werbt für den „Kommunist"!

übernommen und geißelte scharf den Verrat der USP an der Revolution. Hauptsächlich brandmarkte er die Methode der USP, jeden Andersdenkenden als Spitzel zu bezeichnen, wie es in Pirna in der Leid-Versammlung gegen W., der in der Diskussion sprach, getan hatte.

Sebnitz. In einer Mitgliederversammlung behandelte Gen. Rühle den Konflikt in der KAPD, in dessen Ursachen und Zusammenhange die hiesigen Genossen zum ersten Male klaren Einblick erhielten. Es war selbstverständlich, daß sie bei ihrer alten politischen Schulung und stets grundsätzlich gewesenen Einstellung sich einmütig mit der Gesamthaltung Ostsachsens solidarisch erklärten. Die groß angelegte sachliche Darstellung des ostsächsischen Standpunktes in der Organisationsfrage, die unmittelbar darauf Gen. Rühle in einer gutbesuchten Volksversammlung gab, konnte die Entschließung der hiesigen Mitgliedschaft nur befestigen und vertiefen. Auch wir werden im Verbande Ostsachsen den Weg gehen, den die Entwicklung verlangt. Mögen die vernagelten USP-Schädel der Grohmann und Konsorten sich noch so fanatisch und hartnäckig entgegenstellen.

Zittau. In einer Volksversammlung, die guten Besuch aufwies, und in einer Mitgliederversammlung sprach Gen. Rühle. Die Genossen bekamen dadurch endlich klaren Aufschluß über die organisatorischen und taktischen Notwendigkeiten, wie sie die Weiterentwicklung des Revolutionskampfes verlangt und wie sie von Ostsachsen als Ausgangspunkt für die Schaffung neuer Kampfformen angesehen werden. Die Darlegungen des Referenten waren so einleuchtend und überzeugend, daß die seither laut gewordene Kritik und teilweise Ablehnung des ostsächsischen Standpunktes in volle Einmütigkeit umschlug.

Senftenberg. Hier fand eine öffentliche Versammlung der AAU statt. Genosse W. referierte. Er schilderte den Verrat der Gewerkschafts- und Parteibürokratie und hob hervor, daß sie das Hemmnis der Revolution sind. Darauf schilderte er den Aufbau der Union als der proletarischen Klassenkampf-Organisation. Die Gewerkschaftsführer, die geladen waren, hatten es vorgezogen, nicht zu erscheinen.

Neustadt. Im Verlaufe einer Woche zwei überfüllte Versammlungen, jedesmal mehr als 1000 Besucher, das beweist, welch breite Grundlage die kommunistische Bewegung in unserer Gegend hat. 'Das beweist auch das große Vertrauen, das der Referent Gen. Rühle bei der hiesigen Arbeiterschaft genießt. Alle Versuche niedriger Demagogie, die zu zerstören, sind bisher gescheitert und müssen auch in Zukunft scheitern' Denn das Proletariat begreift, daß Gen. Rühle stets konsequent den Weg der Revolution gegangen ist und weiter geht. Wenn Kurzsichtige und Beschränkte dies nicht erfassen, so müssen sie sich auslachen und von der Entwicklung nachschleifen lassen. Wenn aber Parteibonzen kommen, die um ihr Pöstchen zittern und sich einbilden, daß durch den faulen Zauber ihrer politischen Quacksalberei und durch persönliche Verunglimpfungen unbequemer Gegner weiterhin die Massen im Garn halten können, so machen sie schlechte Geschäfte. Dem Redakteur Edel von der „Unabhängigen Volkszeitung“, den die USP als Diskussionsredner herbeigerufen hatte, kann davon erzählen. Nur dem Dazwischentreten des Gen. Rühle verdankt er, daß er nicht an die Luft gesetzt wurde. Und wahrhaftig, schon um des Quatsches willen, den er verzapfte, hätte er es verdient gehabt.

Breslau. Zu einer eindrucksvollen und nachhaltigen Kundgebung gestaltete sich die Versammlung, in der Gen. Rühle über das Thema: Revolution ist keine Parteisache sprach. Der mächtige Saal des größten Lokales der Stadt war trotz der ungünstigen Lage und der großen Versammlungsmüdigkeit der Massen gefüllt. Die Besucher folgten den Ausführungen mit spannender Aufmerksamkeit und beteiligte sich lebhaft an der Debatte, die zu wertvollen Ergänzungen und Vertiefungen des Referats führte. Die hiesige Gruppe der KAPD hat sich damit trotz der von Berlin ergangenen Warnungen und Ermahnungen auf den Boden von Ostsachsen gestellt.

Kommunistische Samstage

Beginn: Sonnabend, den 11. Dez. 1920

Material ist in der Buchhandlung Seminarstraße 23, pt. abzuholen

Allg. Arbeiter-Union

Mitgliederversammlung der AAU Groß-Dresden

Die gut besuchte Versammlung beschäftigte sich zunächst mit technisch-geschäftlichen Angelegenheiten und nahm dann Stellung zu den von der AAU Dresden eingereichten Aenderungen der Richtlinien, die zur nächsten Reichskonferenz der AAU zur Beratung stehen. Auf das schärfste wurde protestiert gegen Einflüsse und Schreibweise der Berliner im „Kampfruf“. Die Delegierten des Wirtschaftsbezirkes Ost-Sachsen wurden verpflichtet, im Sinne der in Ost-Sachsen gefaßten Beschlüsse auf der Reichskonferenz zu wirken. Von einer besonderen Beschickung eines Delegierten von Dresden wurde Abstand genommen, da der Rätecharakter der AAU solches erübrigt. In der weiteren Aussprache wurden die Verhältnisse in verschiedenen Betrieben der Kritik unterzogen. Besonders wurden die **erbärmlichen** Zustände in der **Glasfabrik Siemens, Dresden** beleuchtet. Zwei Genossen, die der AAU angehören, wurden dort entlassen, weil die frei-gelb gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft angeblich nicht mit ihnen zusammen arbeiten wollte. Betriebsrat und Betriebsleitung versuchten mit allen nur möglichen Ausreden und Argumenten die Entlassung unserer Genossen zu begründen. Dies kennzeichnet am besten, in welch geistigem Sumpf **die Gewerkschaften** sich bewegen die Mitglieder führen als **Hammelherde** nur die Instruktionen ihrer Bonzen aus. Die von den **„freien Gewerkschaften“** propagierte Ueberstunden-Taktik wurde ebenfalls der Kritik unterzogen. Besonders in der Zigaretten-Industrie werden in fast allen Betrieben Ueberstunden geleistet, trotzdem tausende von Arbeitslosen gerne jede nur möglich zu leistende **Arbeit** annehmen würden. Der Beweis, daß die **„freien Gewerkschaften“** die Hausknechte des Kapitalismus verkörpern, zeigt wohl am besten das Argument, daß das Unternehmertum schützend seine Hände über sie breitet. Unionisten, die erbittertsten Feinde des Kapitalismus und der Gewerkschaften, werden von beiden bekämpft. Um das **arbeiterfeindliche Treiben der Gewerkschaften** der Oeffentlichkeit zu beweisen, wurden alle Unionisten moralisch verpflichtet, über die Verhältnisse in ihren Betrieben Berichte, Notizen usw an den **Ortsausschuß der AAU, Fischhofplatz 14, Rest. Milek** oder an die **Redaktion des „Kommunist“, Komm. Buchhandlung, Seminarstr. 23, p.,** einzureichen.
H. B.

Frankfurt a. M. Die am 28. November in Frankfurt a. M. tagende, von 15 Delegierten beschickte Bezirkskonferenz des Wirtschaftsbezirk Rheinhessen der AAU befaßte sich mit der Tagesordnung der nächsten Reichskonferenz zu Leipzig und akzeptierte die Berliner Leitsätze (Prinzipienerklärung). Dagegen glaubte sie die Berliner Resolution zur III. Internationale ablehnen zu sollen, dafür aber folgende der RC zur Annahme empfehlen zu sollen:

1. Für die AAU ist die revolutionäre Internationale dort, wo Proletarier im Kampfe stehen für den Kommunismus.
2. Die revolutionäre Internationale wächst empor aus dem revolutionären Kampf und findet ihre Vollendung in der förderativen Vereinigung freier Räterepubliken. Die AAU wünscht einen Zusammenschluß dieser revolutionären Kämpfer auf dem Boden einer freien Kampfgemeinschaft.
3. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk ihrer selbst sein! Vorbedingung hierfür ist: die geistige Befreiung von der bürgerlichen Ideologie und dem Autoritätsglauben, die Entwicklung des Selbstbewußtseins und der freien Initiative.
4. Ein Instanzenklüngel zentralistischer Parteien kann von uns nicht als revolutionäre Internationale anerkannt werden und ist aufs Schärfste zu bekämpfen wegen ihres korrumpierenden Einflusses auf die revolutionäre Bewegung und ihres hemmenden Einflusses auf den Ablauf der Weltrevolution.
5. Wir erstreben als nächstes Ziel die Diktatur der Arbeiterklasse und bekämpfen die Parteidiktatur, die bestenfalls nur zum Staatskapitalismus führen kann.

Als Delegierter zur Reichskonferenz wurde Genosse Sans gewählt.

Eine neue Broschüre!

Im Verlage der Kommunistischen Buchhandlung Dresden, Seminarstraße 23, pte. erschien die Broschüre

Liebe – Ehe – Familie

von Otto Rühle

Verkaufspreis **Mark 2.–.** Organisationen erhalten **30 % Rabatt.** Auf 20 Exempl. **1 Frei-Exemplar.**

Versand nur gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages.

Briefkasten

K. Berlin. Wir haben mit Vergnügen von dem Entschluß der AAZ und des Geschäftsführenden Ausschusses der KAPD, die Polemik gegen den „Kommunisten“ einstellen zu wollen, Kenntnis genommen. Was sollen die armen Schächer auch anderes tun, nachdem sie ihre paar Trümpfe ausgespielt und die Partie verloren haben? Schade, daß ihnen die Einsicht vier Monate zu spät kommt; sie hätten ihre Blamage billiger haben können.

Argus. Daß Buck als Minister im Hause des Millionengauners aus und ein ging, dort seinen Skat kloppte und sich abfüttern ließ, ist uns bekannt. Auch das Kapitel Fränkdorf. [Pensionsschwein, Mühle Hermsdorf etc.) kennen wir. Und noch einiges mehr. Aber Ihr Wunsch, diese Staatswürdenträger der Oeffentlichkeit einmal nackt vorzuführen läßt sich nicht erfüllen. Wir müßten sie in Kompagnien antreten lassen, denn sie haben alle, Dreck am Stecken. Parvus hat seine dicksten Freunde in Dresden, und das edle Paar Scheidemann-Sklarz lebt in hundertfältiger Wiederholung und Nüancierung.

K. L., hier. Es ist einer der ausgezeichnetsten Witze, die im letzten Jahrzehnt passiert sind, daß der Aufsichtsrats-Vorsitzende des Dresdner Zoolog. Gartens, Mejor Büttner-Wobst, dem Direktor Brandes verboten hat, weiterhin zu wissenschaftlichen Zwecken durch Uebertragung von Geschlechtsdrüsen die Vermännlichung und Verweiblichung von Hirschen, also die Umkehrung ihrer Geschlechter, vorzunehmen, weil dies „eine unsittliche Wissenschaft“ sei. Die bürgerliche Presse Dresdens, die aus dieser ekelhaften, hier ins Groteske umschlagenden Moralheuchelei der Bourgeoisie ihr gerütteltes Maß von Schuld trägt, hat in einer letzten Anwandlung von Scham, die Tartüfferie des braven Büttner-Wobst der Oeffentlichkeit vorsorglich verschwiegen.

Beschaffungsbeihilfen. Zuschrift ist gut gemeint, bleibt aber weit hinter den Forderungen der revolutionären Situation zurück. Lohnzulagen sind nur Tropfen auf den heißen Stein. Dafür kämpfen **wir** nicht mehr! Das ist Fortwurstelei, ist Politik aus der Hand in den Mund. Dieser Opportunismus ist Sache der Gewerkschaften, unsere Sache ist die Revolution!

Gute Weihnachtsbücher für die Arbeiterkinder, keinen Kitsch, keinen Schund, sondern wertvolle Sachen hat im Einvernehmen mit der Kommunistischen Arbeiter-Jugend und wie uns diese schreibt, die Buchhandlung von Schubert, Groß Zschachwitz (an der Schule) ausgelegt. Die Arbeitereltern sollten dort ihren Bedarf decken. Ist es nicht ein bezeichnendes Zeichen der Zeit, daß die Jugend sich um gute Kinderlektüre bemüht, während die Alten meist den elenden Schund kaufen. Die Jungen müssen die Alten lehren!

Allgemeine Arbeiter-Union

— — (Revolutionäre Betriebsorganisation) — —

Freitag, den 10. Dez. 1920, abends 7 Uhr

große Mitgliederversammlung

in der Zentralhalle-Annensäle, Fischhofplatz

— Wichtige Tagesordnung —

Mitgliederversammlung

Gruppe Cotta: Rest. „Stadt Dresden“, Ockerwitzerstr. 12 Montag, den 13. Dezember, abends ½8 Uhr.

Freiberg: Jeden Freitag nach dem 1. und 15., jeden Monats im „Eisernen Kreutz“.

Internationaler Bund der Kriegsopfer

Geschäftsstelle ist nach Zahnsgasse 3 I verlegt. Geöffnet täglich von Abends 7 Uhr Wertsendungen sind zu richten an Hugo Koch, Trachenbergerstr. 55 III.

Allg. Frauenversammlungen

Thema: Weihnachten und die proletarische Frau. Ref. Gen. Naumann.

Striesen: Donnerstag den 9. Dez. abends 8 Uhr, Restaurant „Löschergarten“ Augsburger Str., Ecke Löscherstr.

Löbtau: Freitag, den 10. Dez. abends ½8 Uhr, Rest. „Witter“ Ecke Roon- und Frankenberger Str.

Laubegast: Mittwoch, den 15. Dez. abends ½8 Uhr, Rest. „Flora“.

Proletarischer Hausfrauen-Bund.

Diskussions-Abende.

Donnerstag, den 16. Dez. abends ½7 Uhr, findet im Restaurant „Brandenburger Hof“. Ecke Berliner- und Peterstraße, ein Diskussions-Abend statt. Alle Referenten und Diskussionsredner sowie Funktionäre sind verpflichtet zu erscheinen.

Unterstützungskommision Ost-Sachsen.

Dringende Zusammenkunft aller auswärtigen Delegierten Mittwoch, den 22. Dez abends 6 Uhr, in Dresden, Seminarstraße 23 p. **Fassung wichtiger Beschlüsse.**

Die erweiterte Bezirks-Ausschuss-Sitzung

fällt Mittwoch, den 15. Dez. **aus.**

Arbeiter-Union

Geschäftsstelle und Verkehrslokal ist jetzt Rest. Milek, Fischhofplatz 14. Geschäftsstunden: Jeden Dienstag von 6–8 Uhr.

Groß-Dresden: Konferenz der Betriebs-Obleute jeden Freitag, abends 7 Uhr, in der Zentralhalle, Fischofplatz, Vereinszimmer.

Uebersetzungen

Genossen oder Gesinnungsfreunde, die Übersetzungen **finnischer Zeitungen etc.** übernehmen, werden ersucht, sich in der Komm.-Buchhandlung Seminarstr. 23 p. zu melden.

Gesinnungsgenossen! gedenkt der politischen Inhaftierten und deren Angehörigen.

Zeitungs-Verkaufsstellen des „Kommunist“

(Lieferung frei Haus, 45 ₰ pro Exemplar.)

1. **Dresden-Altstadt:**
   Alfred Frenzel, Fischhofplatz 12, III.
   Gustav Thamm, Rosenstr. 70, p. r.
   Franz Steiner, Schäferstr 14, I.
2. **Dresden-Friedrichstadt:**
   Komm. Buchhandlung, Seminarstr. 23.
3. **Dresden-Neustadt:**
   J. Bauer, Alaunstr. 63, p.
   Emil Richter, Tannstr. 13, p.

Dr.-Löbtau: Karl Häse, Eichendorf Str. 10 III.
   " M. Hamann, Bünaustr. 40 III.
   Paul Kiante, Nostizstr. 9, p.
   Bruno Klemm, Frankenbergstr. 14, II.

5. **Dresden-Cotta:**
   K. Meyer, Hühndorferstr. 4, Hinterhaus.
   H. Bettenmann, Penricherstr. 35, p.
   M. Kloß, Weißentalstr. 49, II.
   L. Paul, Hörigstr. 22, I.
6. **Dresden-Pieschen:**
   Fr. Spitz, Rehefelderstr. 30, II.
   Fr. Blüher, Leisnigerplatz I, H. p.
7. **Dresden-Johannstadt:**
   Max Rurack, Striesenerstr. 23 IV.
8. **Klotzsche:**
   Hermann Schnabel, Bergstr. 1.

Coschütz Gittersee/Burgk: Otto Wahl, Coschütz, Dresdner Straße 7 p.

Laubegast:
Fritz Hahm, Hauptstr. 35.

Groß-Zschachwitz: Wilh. Schwenke, Pirnaische Str. 6
I Semmer " " 2
Wilh. Schubert, Bismarkstr. 5

Potschappel: Paul Ritter, Tharandter Str. 30.

Heidenau:
Karl Klein, Dohnaerstr. 16.

Sebnitz:
Fritz Pech, Königstr. 18.

Neustadt i. Sa.:
Max Barthel, Maizgasse 6.

Zittau:
Alfred Richter, Goldbachstr. 3.
„Volkshaus“ Geschäftsstelle der KAP und AAU Zimmer 5.

Wilthen und Umgeb: Alwin Richter, Wilthen 198
Max Jakob, " 233

Frankfurt a. M. Robert Sauer, Petterweilstr. 65

Gotha (Thür.). Karl Jaeger, Salzengasse 58

Alle Zusendungen für die Redaktion sind zu richten an die Komm. Buchhandlung, Seminarstraße 23, p. — Redaktionsschluß Montag abend.

Verantwortlich: Karl Krause, Dresden.
Druck: Verlagsbuchdruckerei Bautzen.

Der Kommunist

Flugzeitung der Kommunistischen Arbeiterschaft Ostsachens

Nr. 50. | Verlag und Expedition: Kommunistische Buchhandlung Dresden-A., Seminarstr. 23, p. | Dresden, im Dezember 1920. | Erscheint wöchentl. Donnerstags Abonnement ¼ jährl. bei Vorausbezahlung u. Kreuzband M 6.50 | Preis 45 Pfg. Durch die Parteiausträger frei Haus 5 Pfg. Bestellgeld extra.

Die Überwindung der Partei

Revolutionäres Kartell Ostsachsen

Der kommunistische Vortrupp des klassenbewußten Proletariats Ostsachsens hat in seiner revolutionären Entwicklung einen bedeutsamen Schritt vorwärts getan.

Die bisher in der KAPD organisiert gewesenen Genossen **haben die letzten der ihrer Kampfformation und Kampftaktik noch anhaftenden Reste der Parteitradition abgestreift** und sich, auf den Boden einer neuen Erkenntnis stehend, **die aus der Revolution geborene Form eines neuen Zusammenschlusses gegeben.**

Damit haben sie die Konsequenz ihrer Resolution vom 16. April d. J. (der sog. Dresdner Resolution) gezogen.

Was dort noch theoretische Formulierung war, ist organisatorische Praxis geworden. Der besseren Einsicht ist die größere Tat gefolgt.

Damit ist für den reifsten und entschlossensten Teil des Proletariats Ostsachsens **die Partei überwunden.**

Noch nicht die politische Organisation. Nur die Genossen des entwickelsten Industriegebiets haben gemeint, daß sie, den für ihre Verhältnisse geltenden Bedingungen Rechnung tragend, die Existensberechtigung einer besonderen politischen Organisation verneinen müssen. Für die übrigen Orte und Bezirke besteht die politische Organisation noch fort. Aber sie ist **nach dem Rätegedanken aufgebaut,** damit alle Vorteile des Zentralismus vereinigend, ohne ihre Nachteile zu übernehmen, und der Föderalismus wird **organisch in die Allgemeine Arbeiter-Union eingegliedert.** Mit dieser, der Freien Arbeiter-Union (Syndikalisten), der Vertretung der Erwerbslosen und der Kommunistischen Jugend vereinigt sie sich zu einem **Revolutionären Kartell Ostsachsen.**

Dieses Revolutionäre Kartell Ostsachsen ist die neue Einheit der revolutionären Kämpfer auf neuer Grundlage. Ist der Beginn der Einigung des Proletariats **von den Betrieben aus.** Ist die Erfassung und Auslösung aller Kräfte für die soziale Revolution.

Dieses Revolutionäre Kartell Ostsachsen wird Träger eines **neuen Zeitungs-Unternehmens** und einer **großzügigen Bildungsorganisation** für die Zwecke und Bedürfnisse des Klassenkampfes sein. Es wird in der revolutionären Aktion die geschlossene Phalanx der kühnsten, klarsten und erprobtesten Vorkämpfer stellen.

Nach schwerem Ringen eine befreiende Tat. Ein Schritt vorwärts, aufwärts. Eine wichtige Etappe in der revolutionären Entwicklung. Voller Einmütigkeit. Mit stolzem Kraftgefühl. Mit dem starken Willen zum Siege.

*

Resolution der Bezirks-Konferenz Ostsachsen am 5. Dezember 1920

(Angenommen mit 43 gegen 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen)

Die Bezirks-Konferenz Ostsachsen vom 5. 12. 20 steht in der Frage ihres Verhältnisses zur KAPD nach wie vor auf dem in der Resolution vom 16. April 1920 dargetanen Standpunkt und zieht daraus die unvermeidlich gewordenen, von ihr als bedeutsamen Entwicklungsfortschritt begrüßten Konsequenzen. Sie präzisiert ihre Stellung zu einzelnen Punkten ihrer Entschließung wie folgt:

Die Partei ist die aus der vorrevolutionären Epoche überkommene, am Prinzip der Autorität und des Zentralismus orientierte, an Verwaltungsapparat und besoldetes Berufs-Führertum gebundene, auf die taktischen Methoden bürgerlich-demokratischer Politik eingestellte, unausweichlich zum Opportunismus führende, die Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats verhinderno in der revolutionären Epoche notwendig gegenrevolutionär wirkende Organisationsform.

Daher lehnen wir die Partei als politische Kampforganisation in der Epoche der Revolution grundsätzlich ab Die KAPD hat sich, trotz ihrer wiederholten und feierlichen Erklärungen, keine Partei im überlieferten Sinne zu sein und werden zu wollen, durch die Beschlüsse ihres letzten Parteitages bezüglich des Organisationsstatutes wie der Kompetenzen ihres Geschäftsführenden Ausschusses wiederum auf die Bahn der Entwicklung zur Partei gestellt. Der Charakter ihres Organisationslebens, besonders in Berlin, das Aufkommen eines Bonzentum in der zentralen Leitung, ihre völlig parteimäßig orientierte Taktik in den letzten Kämpfen, besonders während des Elektriker-Streiks, ihr Verhältnis zu Moskau und zur 3. Internationale, nicht zum letzten das Vorgehen ihrer Instanzen und Organe gegen den Gen. Rühle und Ostsachsen haben zur Genüge bewiesen, daß die KAPD noch völlig vom alten Parteigeist beherrscht wird, der ihre Haltung und Entwicklung in wachsendem Maße bestimmt und sie unausweichlich der KPD in die Arme treibt.

Wir haben es satt, die Energien und Mittel einer Organisation und das Vertrauen der Massen zu ihr aufs neue zu vergeuden, nur um den alten trüben Parteierfahrungen neue nicht weniger trübe hinzuzufügen; uns erscheint auch der Gedanke, diese Entwicklung der KAPD durch erhöhte Wachsamkeit und tatkräftiges Eingreifen innerhalb der Organisation zu verhindern, aussichtslos angesichts der aus den Erfahrungen der Revolution gewonnenen Erkenntnis, daß jede isolierte politische Organisation zwangsläufig zur Partei wird, wie andrerseits jede isolierte wirtschaftliche Organisation zwangsläufig dem Charakter einer Gewerkschaft zustrebt.

Darum erklären wir unsere bedingt ausgesprochene Zugehörigkeit zur KAPD für gelöst und unser bisheriges Verhältnis zu ihr als erledigt.

Wir betonen nach wie vor ausdrücklich, daß die Ablehnung der Partei nicht die Verneinung der politischen Organitation überhaupt bedeutet; wir halten im Gegenteil die Voraussetzungen für eine politische Organisation im allgemeinen zur Zeit noch für gegeben und die politische Organisation als Sammlung der reifsten, revolutionärsten und aktivsten Elemente der Arbeiterschaft, solange für geboten, als sie nicht von den Massen selbst als überflüssig lästig und überholt empfunden wird. Ihre Preisgabe kann nur das Resultat eines Prozesses der Organisations- und Selbstbewußtseinsentwicklung sein bis zu den Grade, wo die Einheitsorganisation sich von selbst ergibt. Bis dahin hat die politische Organisation in ihrem Aufbau den Rätecharakter zu repräsentieren und zu immer größerer Vollkommenheit zu entfalten in ihrem Wirken engste Fühlung mit verwandten und benachbarten revolutionären Organisationen einzugehen

Deshalb beschließt die Bezirks-Konferenz Ostsachsen:

1.) die bisherige „Bez.-Gruppe der KAPD Ostsachsen“ als kommunistische Fraktion oder Zelle in die Allg. Arbeiter-Union einzubauen unter der Bezeichnung **„Kommunistische Bezirksgruppe in der AAU.“**

2.) die Schaffung eines **Rev. Kartells** Ost-Sachsens (bestehend aus der AAU, der Komm. Bezirks-Gruppe in der AAU Freien Arbeiter-Union, der Vertretung der Erwerbslosen und der Komm. Arbeiterjugend in die Wege zu leiten.

3.) den „Kommunist“ als Parteiorgan einzuziehen, da für ein im Geiste des Kommunismus und im Sinne des ostsächsischen Standpunktes redigiertes **Revolutionsorgan** herauszugeben, das alle Seiten und Erscheinungsformen des rev. Kampfes umfaßt und berücksichtigt

4.) eine großzügige **Bildungsorganisation** für die Schulung der fortgeschrittensten Elemente als dem künftigen Arbeiter Führertum und für die Entwicklung der kommunistischen Ideologie ins Werk zu setzen und

5) Kommissionen zu wählen, um sofort die Vorarbeiten für die in Angriff zunehmenden organisatorischen Um- und Neubauten zu erledigen, damit alsbald den Mitgliedschaften und einer weiteren Bez.-Konferenz konkrete Vorlagen zur Beratung, Beschlußfassung und Ausführung unterbreitet werden können.

*

Bedarf die Annahme der Resolution durch die Bezirks-Konferenz auch noch der Zustimmung durch die Mitgliedschaften, so ist dies im vorliegenden Falle wirklich nur eine Formalität. Denn die Massen haben, des Parteikrams müde, seit Monaten und Wochen auf die Schaffung neuer Kampfformen gewartet, zu ihrer Erprobung gedrängt und sind teilweise sogar bereits dem Beschlusse vorausgeeilt. Nur ganz Wenige, die dem Ablauf der Entwicklung nicht so rasch zu folgen vermögen, weil ihre rückständige Umwelt ihren Blick beengt, und Wenige, die aus persönlichem Widerstreben, nicht mitmarschieren wollen, bleiben an der Seite stehen Aber auch sie werden noch kommen, wenn die Erfahrungen sie belehrt haben werden, wo Worte nicht ausreichten. Oder sie werden von der Revolution hinter dem Wagen der Weltgeschichte hergeschleift. So oder so — die Entwicklung geht ihren Gang. Und wir schreiten an der Spitze.

Besetzung der Betriebe?

Dem Berliner „Kampfruf“ der AAU ist unsere an der Haltung der KAPD während des Berliner Elektriker-Streiks geübte Kritik sehr unangenehm, weil sich, wie sich herausstellt, diese Kritik **auch auf die Haltung der Berliner AAU** bezieht. Gemeinsam mit der KAPD und den politischen Arbeiterräten hat die AAU die von uns als parteimäßig, historisch überholt und deshalb unfruchtbar bezeichneten Parolen ausgegeben. Dieses Eingeständnis ist uns sehr wertvoll, weil es unsere längst gehegte Vermutung bestätigt, nämlich, daß wir in Zukunft die zentralistische Führerstrategie überlebter Methoden nicht nur in der KAP, **sondern auch in der AAU** mit aller Rücksichtslosigkeit zu bekämpfen haben werden. In der AAU lebt noch zu viel Geist vom Geiste der alten Partei, zu viel Bein vom Bein der alten Gewerkschaften, — anders wäre es sonst nicht zu erklären, daß sich der „Kampfruf“ unserer Kritik gegenüber so begriffsstutzig benimmt

So will er, um nur die Hauptsache herauszugreifen, absolut nicht begreifen, was es mit der **Besetzung der Betriebe** im Entscheidungskampfe für eine Bewandtnis hat Wir hatten geschrieben, daß die Parole des Generalstreiks, weil sie im Effekt negativ ist, notwendig einer positiven Ergänzung bedarf, die aber nicht darin zu bestehen hat, daß man die Arbeiter auf die Straße treibt, „weil sie dort die Basis ihrer ökonomischen Existenz verlieren und zwangsläufig den Einflüssen einer demokratischen Ideologie ausgeliefert werden“, sondern daß im Gegenteil die Arbeiter im Betriebe zu verbleiben haben, um diese zunächst militärisch zu besetzen und sodann wirtschaftlich zu übernehmen. Diese Taktik leuchtet dem „Kampfruf“ nicht ein, er schüttelt den Kopf und nennt sie sonderbar. Dann sagt er:

> Diese Begründung will offenbar besagen, daß der revolutionäre Charakter des Proletariats sich nur herschreibt aus seiner Stellung als Ausgebeuteter im Betriebe und daß das revolutionäre Bewußtsein außerhalb des Betriebes sofort verdunstet. Mag daran auch etwas Wahres sein, so ist es doch in dieser Einseitigkeit eine ungeheuerliche Uebertreibung. Man soll doch nicht denken, daß die Arbeiter außerhalb des Betriebes sofort alle Not vergessen, von der sie bedrückt werden, alle Plackereien durch Polizei, Gericht und Steuern, die sie erlebt haben. Die Basis ihrer ökonomischen Existenz verlieren die Arbeiter natürlich im Moment des Generalstreiks, das ist bei revolutionären Kämpfen nicht zu vermeiden. Aber ändert sich das dadurch, daß man die Betriebe besetzt? Die ökonomische Existenz des Arbeiters besteht doch nicht in den Maschinen oder Möbeln, die er anfertigt. Sie liegt vielmehr in den Lohnkassen und den die Lohnkassen speisenden Banken, und weiterhin in den Verkaufsläden und Lebensmittellagern.

Der „Kampfruf“ ist, wie gesagt, begriffsstutzig — ja, mein Lieber, das ist etwas Neues! Darum denkt und redet er an den Dingen vorbei. Nicht das wollten wir sagen, daß der Arbeiter außerhalb des Betriebs Not und Elend, Steuern und Gericht vergißt, sondern vielmehr, daß er, sobald er den Betrieb verläßt, auf der Straße **zum Glied einer ganz zufälligen Bande** (dies Wort nicht im verächtlichen Sinne gebraucht) **wird,** die, weil ihr die betriebsmäßige Organisation fehlt, in regellosen Bandenkämpfen ihre Kraft verpufft oder aber, selbst wenn sie militärisch organisiert wäre, **stets dem viel besser organisierten bürgerlichen Militarismus unterliegen müßte.** Es darf nicht die Taktik des Proletariats sein, sich auf den bürgerlichen Kampfboden zu begeben, den es nie so gut und sicher beherrschen wird wie sein Gegner; im Gegenteil muß das Proletariat diesen auf **seinen** Kampfboden, den Betrieb, der ihm fremd ist und den er um seiner selbst willen nie ganz zerstören kann, **herüberziehen.** Deshalb Bewaffnung **im Betriebe,** Besetzung **der Betriebe,** Verteidigung **der Betriebe** durch die bewaffnete Arbeiterschaft. Dies als Aufgabe des entschlossensten und bedeutsamsten Teiles der Arbeiterschaft. Der Bandenkampf auf der Straße geht trotzdem nebenher und sucht zu erreichen, was zu erreichen ist.

Der Hinweis auf Italien ist falsch, weil dort die Aktion, entprechend der syndikalistischen Taktik, sich mit der Besetzung der Betriebe **begnügte,** die Partei keine politische Aktion folgen ließ und die Regierung schlau genug war, die Syndikalisten nicht zum politischen Kampfe wider Willen zu provozieren. Es war das Unglück der italienischen Arbeiter, daß sie **keine Einheitsorganisation** hatten, sondern, während sie die ökonomische Aufgabe der Revolution mit großer Bravour lösten, **in der politischen Leitung auf die gesonderte politische Organisation angewiesen waren,** die, wie jede Führerpartei im Sinne des revolutionären Zentralismus, natürlich versagte. Vielleicht denkt man im „Kampfruf“ einmal über diese Dinge weiter nach. Wir stimmen ihm zu, daß zu diesem Punkte noch sehr viel zu sagen ist.

Gesinnungsgenossen und Gönner spendet für den Pressefonds.